



PRESSEBERICHT

MARITIME HOUSE
OLD TOWN
CLAPHAM
LONDON S.W.4

Veröffentlicht in Englisch, Französisch, Schwedisch und Deutsch
NACHDRUCK MIT QUELLENANGABE GESTATTET (I. T. F.)

Deutsche Ausgabe Nr. 16
Kongress-Sonderausgabe

31. Juli 1950

DER STUTTGARTER KONGRESS DER I.T.F.

vom 21. - 29. Juli 1950

Aus Anlass der Eröffnung des 21. Kongresses der Internationalen Transportarbeiter-Föderation am Freitag, dem 21. Juli 1950, zeigte das Kurhaus Stuttgart-Bad Cannstadt ein internationales Gesicht. Zum ersten Male seit dem Jahre 1924, in dem die Delegierten der I.T.F. in Hamburg zusammenkamen, findet der Kongress wieder auf deutschem Boden statt.

In den Anlagen des Städt. Kurhauses waren die Flaggen aller auf dem Kongress vertretenen Nationen gehisst, die mit dem Grün des Rasens und der Pracht der Blumenbeete ein farbenfreudiges Bild ergaben, das auch im Innern des Kurhauses vorherrschte. Die Bühne des geräumigen Saales war geschmackvoll mit Blumen geschmückt und flankiert von den Flaggen der Nationen und denen der I.T.F. und der Deutschen Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, die mit der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands als Gastgeberin des Kongresses auftrat. Allen Delegierten und Gästen wurde ein von Künstlerhand entworfenes Kongressabzeichen ausgehändigt. Eine Vergrößerung desselben war im Hintergrund der Bühne angebracht und so beleuchtet, dass es den Eindruck eines Freskos vermittelte.

Das große Interesse, das dem ersten in Deutschland seit Einstellung der Feindseligkeiten stattfindenden internationalen Gewerkschaftskongress entgegengebracht wurde, zeigte die Anwesenheit vieler Vertreter von Presse und der deutschen Wochenschau "Welt im Bild", die Abschnitte der Eröffnungssitzung filmte.

63 Organisationen hatten 181 Delegierte aus 22 Ländern entsandt. Die Tatsache, dass Vertreter aus Japan, Pakistan, Nord- und Südamerika nach Stuttgart gekommen waren, beweist, daß der Kongress eine Weltversammlung und nicht nur eine europäische Angelegenheit war.

Ausser den Delegierten der angeschlossenen Gewerkschaften waren folgende befreundete Organisationen durch Gastdelegierte vertreten:

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften,
die Internationale Föderation der Flugzeugführerverbände,
der Ausschuss für Freies Gewerkschaftswesen (A.F.L.)
der Deutsche Gewerkschaftsbund,
die skandinavische Transportarbeiter-Föderation.

Folgende offizielle Stellen und Körperschaften ehrten die I.T.F. durch Entsendung von Vertretern zur Eröffnungssitzung:

Das amerikanische Landeskommissariat für Württemberg-Baden,
die Britische Hohe Kommission,
die Marshall-Plan-Verwaltung,
die Internationale Arbeitsorganisation,
die Regierung des Landes Württemberg-Baden.

Schon das äussere Bild am Vorstandstisch deutete auf eine wichtige interne, vom Kongress zu lösende Aufgabe hin. Kollege Omer Becu, der auf dem letzten Kongress in Oslo im Jahre 1948 zum Präsidenten der I.T.F. gewählt worden war, hatte den Platz des Generalsekretärs inne. Er wurde im Februar dieses Jahres nach dem Rücktritt des damaligen Generalsekretärs, des Kollegen J.H. Oldenbroek, der als Generalsekretär zum neugegründeten Internationalen Bund Freier Gewerkschaften übergetreten war, zum amtierenden Generalsekretär ernannt. Den Kongressvorsitz führte Kollege Robert Bratschi, der Vizepräsident der I.T.F., der ausserdem Generalsekretär des Schweizerischen Eisenbahner Verbandes und Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes ist. Damit stand der Kongress der Aufgabe gegenüber, Generalsekretär und Präsident der I.T.F. neu zu wählen.

Unter den Gästen befanden sich eine Reihe von Veteranen, die den Kongress mit ihrer Anwesenheit beehrten. Ihre Verbindung mit der I.T.F. geht auf die Tage der Neugründung der Föderation nach dem ersten Weltkrieg zurück und im Falle des einstigen Präsidenten Charles Lindley sogar auf die Gründung der I.T.F. im Jahre 1897, der ein Jahr zuvor in London der Gründungs-Kongress der Internationalen Föderation der Schiffs- und Hafentarbeiter vorausgegangen war, den Kollege Lindley ebenfalls besucht hatte. Noch im Jahre 1946 führte der Kollege Lindley den Vorsitz auf dem ersten Nachkriegskongress der I.T.F. in Zürich.

Auch ehemalige deutsche Widerstandskämpfer gegen den Nazismus waren anwesend, die eingeladen worden waren, um dem Kongress die Möglichkeit zu geben, in ihnen alle mutigen Führer im Kampf gegen den Nazismus, der 1933 begann, zu ehren.

DIE ERÖFFNUNGSSITZUNG

(Freitag, 22. Juli)

Als Auftakt zur offiziellen Eröffnung des Kongresses wurde die Leonoren-Ouvertüre Nr. 3 von Beethoven gespielt, deren Wiedergabe durch das Stuttgarter Philharmonische Orchester von den Delegierten und Gästen mit Beifall aufgenommen wurde.

Kurz nach 10 Uhr erklärte der Vorsitzende, Robert Bratschi, den Kongress als eröffnet. Er dankte dem Stuttgarter Philharmonischen Orchester für die musikalische Darbietung und hieß alle Delegierten und Gäste willkommen. Es sei ihm eine besondere Ehre, die folgenden Vertreter deutscher und alliierter Behörden willkommen zu heißen:

General C.P. Gross, Landeskommissar für Württemberg-Baden
Mr. Harvey Brown, Vertreter des Amerikanischen Hohen Kommissars
Herr Wilhelm Keil, Präsident des Landtages von Württemberg-Baden
Herr David Stetter, Ministerialdirektor
Dr. A. Klett, Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart
Mr. R.G. Exley, Vertreter des Arbeitsberaters des
Britischen Hohen Kommissars.

Er begrüßte ferner

den Kollegen J.H. Oldenbroek in dessen doppelter Eigenschaft als ehemaliger Generalsekretär der I.T.F. und jetziger Generalsekretär des J.B.F.G.

Mr. J. Schuil, J.A.A.

Mr. Saposs, Marshall-Plan-Verwaltung

Mr. Newton S. Friedmann, Chef des Büros für Arbeitsangelegenheiten beim amerikanischen Landeskommissar

Mr. Baker, Abteilung für Arbeitsangelegenheiten beim amerikanischen Landeskommissar

Mr. D. Fellows, Generalsekretär der Internationalen Föderation der Flugzeugführerverbände.

BEGRÜßUNGSANSPRACHEN

Kollege Jahn (Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands) brachte seinen Stolz darüber zum Ausdruck, dass er den Tag noch miterlebte an dem der I.T.F. - Kongress wieder auf deutschem Boden abgehalten wurde. Letztmalig hätte der Kongress in Deutschland im Jahre 1924 in Hamburg stattgefunden. Seit damals hätten wir den Aufstieg des Nazismus und den von den Nazis entfachten Krieg erleben müssen. Die I.T.F. könnte stolz auf die Rolle sein, die sie in jener Zeit spielte. Als der Nazismus schließlich unterlag, hätten die deutschen Gewerkschaften vor der Aufgabe gestanden, den Grundstock für die junge deutsche demokratische Republik zu legen. Obwohl dies erfolgreich durchgeführt worden wäre, gäbe es immer noch Spuren von Nazismus in Deutschland und er betonte, dass die deutschen Demokraten niemals den Resten der Nazibewegung erlauben würden, in irgend einer Form im Westen Deutschlands neu zu erstehen.

Das Ende des Krieges gegen den Nazismus hätte aber nicht die Erleichterung gebracht, auf die die Welt gehofft hatte. Wir stünden nun schon seit 5 Jahren dem kalten Krieg gegenüber.

Kollege Jahn wies darauf hin, dass alle Diktatoren gleich seien in ihrer Gier nach Welteroberung und ihrem Streben, die Freiheit des Individuums und die der Nationen auszulöschen. Wir wüssten jetzt, dass der Bolschewismus die Vernichtung der Freiheit und das Ende der menschlichen Würde bedeute.

In keinem Land der Erde, mit Ausnahme Franco-Spaniens und der Satelitenstaaten einschliesslich der Ostzone Deutschlands, gäbe es eine derartige Beschränkung der persönlichen Freiheit wie in der Sowjetunion. Nach Ansicht des Sprechers müsste sich der I.T.F. Kongress des Jahres 1950 die Aufgabe stellen, der Sache des Friedens und der Demokratie zu dienen und dies sollte im Geiste Edo Fimmens erfolgen, der im Januar 1940 die prophetischen Worte schrieb:

" Was auch der Krieg bringt und wie er auch ausgeht, die I.T.F. wird weiterbestehen und vorwärtsschreiten, weil sie, umgeben von Hass, die Brüderlichkeit von Mensch und Nationen lehrt und keine Grenzen oder Unterschiede der Rasse und Farbe kennt. "

Obwohl sich diese Worte auf den zweiten Weltkrieg bezögen, wären sie heute noch genau so gültig. Wie in der Vergangenheit, so würde auch in der Zukunft die Arbeit der I.T.F. dem großen Kampf für Freiheit und Menschenwürde gewidmet sein.

Kollege A. Kummernuss (Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschlands und Berlin) erklärte einleitend, dass er in doppelter Eigenschaft den Kongress besuche. Er spreche für den infolge Erkrankung am Erscheinen verhinderten ersten Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Dr. Hans Böckler, und in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Gewerkschaft ÖTV. Dies wäre der erste internationale Gewerkschaftskongress, der seit 1945 in Deutschland stattfände und er wäre dankbar für dieses Zeichen der Solidarität mit der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Er ergriff auch die Gelegenheit, der internationalen Gewerkschaftsbewegung als Ganzes für deren großzügige Hilfe in den dem Kriege folgenden Jahren des Hungers und des Chaos zu danken. Diese Unterstützung hätte dazu beigetragen, das Elend und die Not der Frauen, Kinder und alten Leute zu mildern.

Er brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass der ITF-Kongress in Stuttgart nicht nur den Gewerkschaftern, sondern der ganzen Menschheit zeigen möge, dass die internationale Gewerkschaftsbewegung bereit und willens wäre, mit dem deutschen Volk für Freiheit, Frieden und Demokratie zu arbeiten.

General C.P. Gross (Landeskommissar für Württemberg-Baden) erklärte, dass er zum Kongress gekommen wäre, um die vielen Millionen Transportarbeiter zu grüssen, die den Alliierten während des zweiten Weltkrieges und danach geholfen hätten. Die I.T.F. hätte von der ersten Stunde an Anteil am Kriege genommen und die Transportarbeiter der besetzten Länder aufgerufen, sich den Soldaten, Seeleuten und Fliegern anzuschliessen, um den Kampf gegen Hitler fortzusetzen.

Der I.T.F.-Kongress wäre besonders bedeutungsvoll insofern, als er die Wiederaufnahme enger internationaler Beziehungen zwischen den deutschen Gewerkschaften und denen anderer Länder darstelle, in denen Gedanke und Tat so freiheitlich und demokratisch sind, wie dies auch die deutschen Gewerkschaften anstreben.

Er beglückwünschte die I.T.F. zu ihrem Bestreben, die Freiheit aufrecht zu erhalten und zu verteidigen und drückte abschliessend die Hoffnung aus, dass das Streben der I.T.F., ihren Einfluss auszudehnen, von Erfolg gekrönt sein möge.

Herr Wilhelm Keil, der Präsident des Landtages von Württemberg-Baden, brachte seine Freude zum Ausdruck, dass er den Kongress im Namen des Landtages von Württemberg-Baden begrüssen könne. Seine Freude wäre umso grösser, als er sich selbst im Jahre 1887 der Gewerkschaftsbewegung angeschlossen hätte und seit dieser Zeit immer in Verbindung mit ihr geblieben wäre, trotzdem seine Tätigkeit mehr im Dienste der Öffentlichkeit gelegen hätte. Dieser Kongress erinnere ihn an einen anderen internationalen Kongress, der 1907 in Stuttgart stattgefunden hätte - den grossen internationalen Sozialisten-Kongress, der von vielen führenden Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung jener Zeit besucht gewesen wäre. Obwohl die I.T.F. nur ein Teil der Gewerkschaftsbewegung wäre, würde sie eine große Macht im Kampf für die Freiheit darstellen. Auf dem Stuttgarter Kongress wären die Nationen der Welt wirklich vereint. Er wünschte, dass die Arbeit des Kongresses von Erfolg sei.

Herr David Stetter, Ministerialdirektor bei der Regierung Württemberg-Baden, bat, den Wirtschaftsminister des Landes Württemberg-Baden, Dr. Veit, zu entschuldigen, der infolge Erkrankung am Erscheinen verhindert wäre und durch ihn dem Kongress seine besten Wünsche übermittle. Herr Stetter führte aus, dass er die Bedeutung des Kongresses sehr gut beurteilen könnte, da er der Gewerkschaftsbewegung fast 50 Jahre lang angehört hätte. Er wies darauf hin, dass wirklicher Fortschritt nur auf den Grundsätzen der Demokratie aufgebaut werden könne, und dass der I.T.F.-Kongress zur für den Frieden so notwendigen Verständigung unter den Völkern beitragen möge. Er sprach die Hoffnung aus, dass die Delegierten während ihres Aufenthaltes in Stuttgart die Gelegenheit finden möchten, Land und Leute kennenzulernen, und dass sie sich gern an die in Stuttgart verbrachte Zeit erinnern möchten.

Dr. A. Klett, Oberbürgermeister von Stuttgart, begrüsst den Kongress in seiner doppelten Eigenschaft als Vorsitzender der kommunalen arbeitsrechtlichen Vereinigung und als Oberbürgermeister von Stuttgart. Namens der Einwohner Stuttgarts dankte er der I.T.F. dafür, dass sie trotz des Nazikrieges und der gegenwärtigen Ereignisse in Korea die Stadt Stuttgart als Sitz der Tagung gewählt habe. Er wünschte dem Kongress vollen Erfolg und den Delegierten schöne Tage in Stuttgart.

Dann trat der Kongressvorsitzende ans Rednerpult:

Nachdem Kollege Bratschi den Vorrednern für die der I.T.F. gewidmeten freundlichen Worte und Komplimente gedankt hatte, gab er eine Erklärung dafür ab, warum er den Vorsitz über den Kongress führe. Nach dem Ausscheiden des Kollegen Oldenbroek, des früheren Generalsekretärs, der zum Generalsekretär des neu gegründeten Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften gewählt wurde, wäre Kollege Omer Becu, damaliger Präsident der I.T.F., vom Exekutivkomitee zum amtierenden Generalsekretär gewählt worden. Dadurch wäre die Stelle des Präsidenten verwaist, und er wäre gebeten worden, bis zum Stuttgarter Kongress das Präsidium zu übernehmen. Er hätte sich diesem Wunsche unterzogen, um die I.T.F. nicht in Verlegenheit zu bringen. Nach der Neuwahl des Generalrats würde der Kongress auch einen neuen I.T.F.-Präsidenten zu wählen haben. Bis dahin bäte er den Kongress bezüglich seiner Amtsführung um Nachsicht und Unterstützung.

Ursprünglich wäre beschlossen worden, den Kongress in Wien abzuhalten, und die österreichischen Organisationen hätten sich bereit erklärt gehabt, diese Aufgabe zu übernehmen. Als der Beschluss gefasst wurde, hätten wir damit gerechnet, dass bis 1950 die Besatzungstruppen aus Österreich zurückgezogen würden. Leider hätte sich diese Voraussetzung nicht erfüllt und unter den gegebenen Umständen und besonders im Hinblick auf die Anwesenheit der russischen Besatzungsbehörden hätte man es für unklug gehalten, den Kongress in Wien abzuhalten. Die Absicht wurde daher mit Widerstreben fallen gelassen. Kollege Bratschi gab dem Wunsche Ausdruck, dass Österreich sich bald der vollen Freiheit erfreuen und dann einen Kongress der I.T.F. empfangen könne.

Unmittelbar nachdem bekannt geworden war, dass der Kongress nicht in Wien abgehalten werden könnte, hatten sich die deutschen angeschlossenen Organisationen erboten, ihn in ihrem Lande durchzuführen. Der Beschluss, den Kongress in Deutschland abzuhalten, wäre im Hinblick auf dessen Beteiligung am Nazismus mütig gewesen, aber die I.T.F. hätte ihn als Beitrag zur Überwindung der Kriegspychose getroffen. Die I.T.F. freue sich, in Deutschland starke gewerkschaftliche Organisationen vorzufinden, die bereit und fähig wären, die vom Nazismus gewaltsam unterbrochene Arbeit für Freiheit und soziale Gerechtigkeit fortzusetzen. Der Kongress verneige sich vor jenen lebenden und toten Gewerkschaftern, die sich an der Widerstandsbewegung innerhalb Deutschlands beteiligten.

Neben der Ehrung der Toten wünsche der Kongress gleichzeitig die Lebenden und vor allem die jungen Kameraden zu ermutigen, das von ihren Vorgängern begonnene Werk fortzusetzen. Wenn man vom Ausland her die Entwicklung in Deutschland beobachte, gäbe es einigen Grund zur Beunruhigung. Noch immer gäbe es in Westdeutschland viele Anhänger des Nazismus, sogar in hohen Ämtern. Was die Ostzone anbelange, so bestünde kein Zweifel, dass dort von Demokratie, wie wir sie verstehen, nicht gesprochen werden könne. Wenn der Kongress trotzdem in Deutschland abgehalten würde, so wäre das ein Beweis für unseren Glauben an die deutsche Gewerkschaftsbewegung.

Es wäre üblich, fuhr Kollege Bratschi fort, dass der Vorsitzende einen Blick über die Tätigkeit unserer Organisation seit dem letzten Kongress werfe. Bevor er dies tue, bäte er die Delegierten, sich zu erheben und der Kameraden zu gedenken, die seit dem Osloer Kongress für immer von uns Abschied nahmen. Nachdem die Delegierten sich von den Sitzen erhoben und dem Andenken der Toten eine Minute des Schweigens gewidmet hatten, setzte Kollege Bratschi seine Ansprache fort. Er stellte mit Befriedigung fest, dass seit dem letzten Kongress die I.T.F. an Stärke und Bedeutung zugenommen hätten. Heute wären der I.T.F. 130 Gewerkschaften in 47 Ländern mit 5 1/2 Millionen Mitgliedern angeschlossen. Weitere Verbände aus Nordamerika wären zu uns gestossen, die Eisenbahner und Seeleute Japans hätten sich wieder angeschlossen und in Lateinamerika, im Nahen Osten, in Pakistan und anderen Teilen der Welt hätte die I.T.F. wieder festen Fuss gefasst. Die Lage in Frankreich hätte sich gefestigt und mit den Organisationen in Italien wären die Verbindungen wieder aufgenommen worden.

Die Sektion der Eisenbahner hätte sich im Laufe der letzten drei Jahre um fast zwei Millionen erhöht. Aber auch andere Sektionen wiesen eine erfreuliche Erstarkung auf. Ausserdem wären seit dem letzten Kongress zwei neue Sektionen geschaffen worden und zwar für das Personal der Zivilluftfahrt und für die Hochseefischer. Die Sektion des Luftverkehrs müsse sich zunächst über die Lage der angeschlossenen Mitglieder in den verschiedenen Ländern Klarheit verschaffen. Es werde ihre Aufgabe sein, die sich daraus ergebenden Probleme zu erkennen und auf internationaler Ebene deren Lösung herbeizuführen.

Bis dahin hätte sich die Tätigkeit der I.T.F. namentlich auf die Seeleute und Hafendarbeiter erstreckt und wichtige Fragen sozialer Natur wären in Verbindung mit den angeschlossenen Organisationen der Seeleute und Hafendarbeiter und in Zusammenarbeit mit der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf international zu lösen versucht worden. Aber auch die anderen Sektionen hätten während der Berichtsperiode eine lebhafte Tätigkeit entfaltet. Sie hätten Sektionskonferenzen durchgeführt, die dank der gründlichen Vorbereitung durch das Sekretariat wertvolle Arbeit geleistet hätten. Die Arbeit der Sektionen würde während des Kongresses in Sektionsversammlungen fortgesetzt.

Eine Aufgabe, der die I.T.F. zu allen Zeiten ihre besondere Aufmerksamkeit geschenkt hätte, wäre die der Erhaltung des Friedens gewesen. Die I.T.F. lehne es aber ab, sich ins Schlepptau einzelner Staaten oder Staatsgruppen nehmen zu lassen. Aus diesem Grunde verfolge sie die kommunistische Kampagne der "Partisanen des Friedens" mit Argwohn. Das Verbot einer einzigen Waffe, der Atombombe, könnte das Problem der Erhaltung des Friedens nicht lösen. Die einzige wirkliche Lösung sei das Verbot aller Vernichtungswaffen und die Ächtung des Krieges schlechthin.

Das wichtigste Instrument für den Frieden wäre zweifellos die Organisation der Vereinten Nationen.

Auf den Kongressen in Zürich und Oslo hätte das Verhältnis der I.T.F. zum W.G.B. eine grosse Rolle gespielt. Die Bedeutung einer umfassenden Organisation der Arbeiter der ganzen Welt für die Erhaltung des Friedens, für die soziale Gerechtigkeit und für die Freiheit des Menschen würde nicht bezweifelt, es hätte sich aber gezeigt, dass eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten auf dem Fusse von Gleichberechtigung unmöglich wäre. Die Trennung vom W.G.B. wäre unvermeidlich gewesen und die Gründung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften die logische Folge.

Die Beziehungen zum I.B.F.G. wären sehr gut, das beide Organisationen das gleiche Ziel verbinde. Mit der Ernennung des Kollegen J.H.Oldenbroek zum Generalsekretär des I.B.F.G. wäre die Freundschaft zwischen den beiden Organisationen noch mehr vertieft worden. Unbeschwert von internen Auseinandersetzungen und Richtungskämpfen könnte sich der J.B.F.G. seinen grossen Aufgaben widmen und den ersten Schritt tun für eine enge Zusammenarbeit der Völker der Welt.

Zum Schluss dankte der Kollege Bratschi fünf Veteranen der I.T.F.: Charles Lindley, J.Döring, J.Brautigam, A.Kievit und K.Weig für ihre in der Vergangenheit geleistete Arbeit und ihre Treue zur Internationale. Ihre Anwesenheit bringe die Kontinuität der zielbewussten Arbeit und der großen Tradition der I.T.F. symbolhaft zum Ausdruck.

Auf dem Züricher Kongress hätte der Kollege Lindley etwas melancholisch erklärt, dass er nicht dabei sein möchte, wenn die I.T.F. ihre Flagge einziehen und eine bloße bürokratische Abteilung des W.B.G. würde. Charles Lindley wäre aber noch da, gesund und munter wie immer, und die Flagge der I.T.F. wäre nicht eingezogen, sie wäre neu entrollt und wehe im frischen Wind freier gewerkschaftlicher Arbeit.

Kollege Bratschi verlas dann ein Telegramm des Kollegen Zein el Din, Mitglied des Generalrats für den Nahen und Mittleren Osten, der infolge Krankheit nicht erscheinen konnte, und weitere Glückwunschtelegramme von angeschlossenen Organisationen.

Kollege J.H.Oldenbroek, Generalsekretär des J.B.F.G., brachte zum Ausdruck, dass es ihm eine große Ehre sei, den I.B.F.G. auf dem I.T.F.-Kongress zu vertreten und er danke im Namen des Exekutivausschusses des J.B.F.G. für die Einladung. Er stellte fest, dass es für ihn ein ganz eigenes Gefühl sei, auf dem I.T.F.-Kongress nicht als I.T.F.-Vertreter anwesend zu sein, nachdem er in dieser Eigenschaft seit 1922 jeden Kongress besucht habe.

Die I.T.F. wäre eine fortschrittliche Organisation mit einer großen Vergangenheit, die nun in eine grosse Zukunft vorwärtsschreite. Er freue sich, dass er am Werk der I.T.F. habe mithelfen dürfen. Er hätte die I.T.F. nicht aus Ehrgeiz verlassen, sondern weil er die Übernahme der neuen Stelle beim I.B.F.G. für seine Pflicht gehalten hätte. Zusammenarbeit zwischen den beiden internationalen Organisationen wäre nur gewährleistet, wenn sie auf Aufrichtigkeit und gegenseitiger Respektierung der Unabhängigkeit

jeder Organisation beruhe. Die Form der Beziehungen zwischen den Internationalen Berufssekretariaten und dem I.B.F.G. hätte rasch eine Lösung gefunden. Den internationalen Berufssekretariaten hätte man Vertretung in den leitenden Organen und im Kongress des I.B.F.G. eingeräumt, um ihnen die Möglichkeit zu geben, auf die Politik des I.B.F.G. Einfluss zu nehmen.

Er wäre der Ansicht, dass die internationale Gewerkschaftsbewegung in Zukunft auch dynamisch sein müsse, was in der Vergangenheit nicht der Fall gewesen wäre. Er sprach auch von der Notwendigkeit der Dezentralisierung der internationalen Bewegung. Der dafür erforderliche Apparat stünde, was den I.B.F.G. anbelange, bereit und würde wohl schon vor dem nächsten I.B.F.G.-Kongress in Tätigkeit treten.

Eine Delegation bereise im Augenblick Asien und führe Besprechungen mit Vertretern der dortigen Gewerkschaftsbewegung über die Zweckmässigkeit der Errichtung regionaler Einrichtungen. Dieselbe Frage solle bald auch für andere Kontinente geklärt werden. Asien wäre ein schwieriges Gebiet, und man müsste den asiatischen Völkern in ihren internationalen Bestrebungen die Hilfe des I.B.F.G. zusichern. Der Bevölkerung des asiatischen Kontinents sollte auch klar vor Augen geführt werden, dass sie in ihrem Kampf für nationale Freiheit von den kommunistischen Ländern keine Hilfe erwarten könnten. Die freie Gewerkschaftsbewegung wäre stets als Vertreter der Selbstbestimmung in Asien aufgetreten, selbst gegen die Regierungen ihrer eigenen Länder.

Was Südamerika anbelange, so wäre der I.B.F.G. dort die stärkste Organisation, während der W.G.B. schwer an Boden eingebüsst habe. In Europa wäre es unsere Pflicht, Frankreich und Italien mit Rücksicht auf die Stärke der Kommunisten in diesen Ländern beizustehen. Noch immer wäre die Gewerkschaftsbewegung in Europa von grosser Bedeutung, aber die Organisationsformen des Gewerkschaftswesens müssten gefestigt und demokratischer gestaltet werden. Demokratische Länder müssten gerüstet sein, um Kriege zu verhindern. Das wäre bedauerlich, aber unausweichlich.

Über den Schumann-Plan äusserte Kollege Oldenbroek, dass der I.B.F.G. regionale Zusammenarbeit fördern, vorausgesetzt, dass die Gewerkschaften zu den vorbereitenden Besprechungen hinzugezogen würden. Im Falle des Schumann-Planes geschehe dies bereits. Der I.B.F.G. wünsche wahre Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet, nicht aber ein europäisches Kartell. Wir sollten nicht von Überproduktion sprechen, sondern uns überlegen, wie die sogenannte überschüssige Produktion dem Verbrauch zugeführt werden könnte.

Kollege Oldenbroek befasste sich dann mit dem Stockholmer Friedenskongress. Er wies darauf hin, dass die Freunde der Veranstalter des Kongresses in Nordkorea zu finden wären und stellte sich die Frage, ob die Unterzeichner des Friedensmanifestes wohl von den dortigen Kriegsvorbereitungen gewusst hätten. Wie dem auch sei, die I.B.F.G. werde bald selbst eine Friedenskampagne in Gang setzen, wobei er auf die Unterstützung der nationalen Gewerkschaftsbünde und der internationalen Berufssekretariate rechne. Der Kampf gegen den Kommunismus wäre schwer und alle Rücksichten müssten dabei fallen gelassen werden. Die Arbeiter müssten verstehen, dass wir den Frieden wünschten, aber nicht um den Preis der Aufgabe der Freiheit.

der I.B.F.G. würde in internationalen Ausschüssen und in denen der I.A.O. alles zur Verteidigung der Interessen der Arbeiter tun. Die I.A.O. wäre eine ausgezeichnete Organisation, aber der in ihr herrschende Geist hinge von den darin vertretenen Gewerkschaften ab.

Am Schlusse seiner Ansprache wünschte Kollege Oldenbroek dem Kongress vollen Erfolg. Er hoffe, dass die Internationalen Berufsssekretariate an die Arbeit des I.B.F.G. einen kritischen Maßstab anlegen werden. Man dürfe nicht hundert Vorwände suchen, um nichts zu tun, sondern man müsse einen guten Grund finden und alsdann handeln.

Herr Dr. Schuil vom Internationalen Arbeitsamt erklärte, dass das I.A.A. den Einladungen zu internationalen Konferenzen freudig Folge leiste. Die Gewerkschaftsbewegung sei die Seele des I.A.A. Er begrüßte die Feststellung des Kollegen Oldenbroek über die Beziehungen des I.B.F.G. zur I.A.O. Die I.T.F. wäre eine der besten Kunden des I.A.A., und jeder in Genf wisse sehr wohl, was ihre Buchstaben I.T.F. bedeuten. Die I.T.F. hätte sich den Ruf eines massvollen Beschützers der Transportarbeiter erworben. Er wies auf die Tätigkeit der I.A.O. in Seeleute- und anderen Transportarbeiterangelegenheiten hin und erwähnte die nützliche Arbeit, die der Untersuchungsausschuss im Falle der Panama-Schiffe geleistet habe, die die Regierung von Panama bereits zu gesetzgeberischen Massnahmen auf diesem Gebiet veranlasst habe. Er ersuchte alle Gewerkschaften der I.A.O., Abschriften der von ihnen abgeschlossenen Tarifabkommen zuzusenden.

Kollege Bratschi dankte den Kollegen Oldenbroek und Schuil für ihre Ansprachen und verlas zwei Telegramme. Der Wirtschaftsminister für Württemberg-Baden, Dr. Veit, bat, seine Abwesenheit zu entschuldigen. Dr. Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer wünschten für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands dem Kongress vollen Erfolg.

TÄTIGKEITSBERICHT

Kollege A. Vercrucy (Belgische Strassenbahner) übte Kritik an der Behandlung der I.T.F.-Frage der 40-Stundenwoche. Der Züricher Kongress hätte eine Entschliessung zugunsten der Einführung der 40-Stundenwoche angenommen. Dieser Vorschlag sei aber auf darauffolgenden Konferenzen (Utrecht, Innsbruck, Paris) abgeschwächt und schliesslich ganz aufgegeben worden, wie es nach dem Tätigkeitsbericht den Anschein habe. Der Redner wandte sich hiergegen, da die im Jahre 1946 vorgebrachte Begründung heute mehr Berechtigung hätte als damals. Als einer der Hauptgründe für die Einführung der 40-Stundenwoche hätte man angeführt, dass damit die Arbeitslosigkeit bekämpft werden könne, die jetzt bestehe.

(Sitzung wurde vertagt)

ZWEITER TAG

Samstag, 22. Juli 1950

Fortsetzung der Besprechung des Tätigkeitsberichtes.

A. VERCRUYCE (Belgische Strassenbahner) ersuchte darum, die 40-Stundenwoche in der Vollsitzung zu behandeln. Die Besprechung der Angelegenheit in den Sektionen könnte zu abweichenden Schlüssen führen, die dann in der Vollsitzung des Langen und Breiten diskutiert und schliesslich an die Sektionen zurückverwiesen würden.

O. BECU (amtierender Generalsekretär) sprach sich gegen diese Entschliessung aus, da sie den vorgesehenen zeitlichen Ablauf des Kongresses umstoße. Er bat den Kongress, den Antrag abzulehnen.

In der durch Handhebung erfolgten Abstimmung wurde der Antrag mit grosser Mehrheit abgelehnt.

Der Vorsitzende übergab dann das Wort an den amtierenden Generalsekretär O. Becu, der zum Tätigkeitsbericht sprach.

O. BECU (amtierender Generalsekretär) vertrat die Ansicht, dass der Generalsekretär nicht über den Bericht selbst sprechen solle, da dies nur eine Wiederholung des im Bericht festgehaltenen Bildes von den vergangenen zwei Jahren sein würde. Die Delegierten gingen aber so zögernd an die Diskussion des Tätigkeitsberichtes heran, dass er selbst dazu das Wort ergreife, wobei er einige grössere Probleme herausstellen wolle. Wegen des verspäteten Versandes der französischen und schwedischen Ausgaben des Berichtes wären Beschwerden eingelaufen. Obwohl er keine Entschuldigung dafür vorbringen wolle, müsse er erklären, dass ihm die Verteilung des Berichtes bis Ende Juni zugesichert worden sei. Er hoffe, dass dergleichen in der I.T.F. nie wieder vorkomme.

Alle I.T.F. - Kongresse wären sehr wichtig, aber dieser sei vielleicht noch bedeutungsvoller. Es wäre der dritte Kongress, der seit Kriegsende abgehalten würde, und man müsste sich mit den Ereignissen der letzten 6 Monate, und zwar auf dem Gebiet der internationalen Politik, befassen.

Er sprach dann von der Notwendigkeit, einen regionalen Apparat zu errichten. Die I.T.F. wäre eine weltumfassende Organisation, und die Mitgliederzahl der I.T.F. habe sich beinahe verdoppelt. Organisationen von viel mehr und besonders in der anderen Hemisphäre gelegenen Länder hätten sich inzwischen angeschlossen. Die I.T.F. würde sich mit den Problemen der Gewerkschaftsbewegung in diesen Ländern befassen müssen, wobei genaueste Kenntnis der örtlichen Verhältnisse unerlässlich wäre.

Kollege Becu sprach dann über die Massnahmen, die zur Förderung der Einrichtung eines regionalen Apparates bereits ergriffen worden wären. Das regionale Zweigsekretariat Singapur wäre seinerzeit zwar errichtet worden, musste aber infolge Erkrankung seines Leiters, des Kollegen Reed, geschlossen werden. Es leistete trotzdem den asiatischen Völkern unermessliche Dienste. In Bombay bestehe

nun zwar ein regionales Informationsbüro der I.T.F., es müsste jedoch in Asien noch viel getan werden. Im Anschluss an die im September 1949 abgehaltene regionale Konferenz in Havanna wäre in Cuba ein Zweigsekretariat errichtet worden. Leider hätten aber die Resultate nicht den Erwartungen entsprochen. Die süd-amerikanischen Gewerkschaften steckten noch in den Kinderschuhen und vielleicht hätten wir ihre Erfahrung und Leistungsfähigkeit überschätzt. Dies solle keine Kritik sein, aber das Zweigsekretariat müsste zum Funktionieren gebracht werden.

Die Seeleute wären ohne Zweifel die lebhafteste Sektion der I.T.F. sie stünden auch vor den grössten internationalen Problemen. Sie hätten zwar seit dem Kriege grosse Fortschritte gemacht, wären aber noch nicht dort angelangt, wo sie eigentlich sein sollten. Grösste Bedrohung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen wäre vielleicht die Verwendung der Panama- und ähnlicher Flaggen durch Schiffseigner. Der Osloer Kongress hätte einen Boykott von Schiffen beschlossen, die anerkannten Normen nicht entsprechen. Der Boykott wäre nicht gegen eine Flagge als solche gerichtet, denn die I.T.F. wäre gegen jede Form von Flaggendiskriminierung. Die Entscheidung, derartige Schiffe zu boykottieren, wäre getroffen worden, weil man der Ansicht war, dass die Lage der Seeleute der Welt auf dem Spiel stünde. Der Boykott wäre keine leichte Sache und könnte auch nicht einer raschen Lösung zugeführt werden, aber er hätte bereits Erfolge gezeitigt. Der Abschluss von Tarifabkommen mit der I.T.F. wäre eine Neuerung. Man bemühe sich zur Zeit, die Panama-Seeleute gewerkschaftlich zu organisieren.

Hinsichtlich der Übereinkommen von Seattle des Jahres 1946 wäre die Lage immer noch unbefriedigend. Viele seien zwar von verschiedenen Ländern ratifiziert worden, aber noch immer wären sie tote Buchstaben. Dies könne nicht ewig so weitergehen. Die I.A.O. wäre eine ausgezeichnete Organisation, aber der Ausarbeitung der Übereinkommen müsse die Umsetzung in die Tat folgen.

Es gäbe noch zwei andere grosse Punkte, um deren Diskussion er ersuche. Das wäre der zügellose Wettbewerb im Seenahverkehr und in der Küstenschifffahrt, deren Opfer die Seeleute seien. Der andere Punkt wäre die vorgeschlagene asiatische Seeleute-Konferenz der I.A.O.. Es wäre nicht ganz klar, was die I.A.O. mit der Abhaltung der Konferenz bezwecke, aber die I.T.F. wolle nicht im Wege stehen. Mr. Becu wies die asiatischen Seeleute aber darauf hin, dass dies eine regionale und nicht eine internationale Konferenz sein würde.

Es bestünde die Gefahr, dass die Reeder den Versuch machten, die Seeleute-Gewerkschaftsbewegung zu spalten.

Er erwähnte dann einen wichtigen, von den Seeleute- und Hafentarbeiter-Sektionen gefassten Beschluss, der die Durchführung einer anti-kommunistischen Kampagne in den Häfen betrifft. Es wäre die Pflicht der I.T.F., kommunistischen Versuchen, sich der westeuropäischen Häfen und der dortigen Gewerkschaften zu bemächtigen, entgegenzuwirken.

Die 40-Stundenwoche wäre nicht das einzige Problem, mit dem sich die Eisenbahner-Sektion befassen müsse. Fragen wir Hygiene in Eisenbahnbüros und die Koordinierung und Organisation des europäischen Verkehrswesens durch eine europäische Verkehrsbehörde stünde ebenfalls in Beratung.

Für das Personal der zivilen Luftfahrt hätte es früher keine all-umfassende Organisation gegeben. Jetzt hätte es aber die Gelegenheit, einen ihr zustehenden Platz in der Gewerkschaftsbewegung einzunehmen.

Hinsichtlich der I.A.O. Rheinschiffahrtskonferenz vertrat er die Ansicht, dass die dort entworfenen Übereinkommen für die betreffenden Arbeiter von höchster Bedeutung seien. Man wäre auch an die I.A.O. wegen der Regelung der Arbeitsverhältnisse der Fischer herangetreten, bis jetzt seien aber noch keine greifbaren Resultate erzielt worden. Er hoffe jedoch, dass sich dies bald ändern werde.

Nach Meinung des Kollegen Becu müsse sich der Kongress mit der Errichtung von Sektionsausschüssen befassen, die die in der Zeit während der Kongresse entstehenden Probleme bearbeiten könnten. Dies schliesse jedoch nicht die Möglichkeit der Abhaltung von gemeinsamen Tagungen der Sektionsausschüsse zur Besprechung gemeinsamer Probleme aus. Es gäbe noch viele interne Organisationsprobleme, die gelöst werden müssten, wie die Verbesserung der Publikationen und die Ernennung von Sektionssekretären. Die finanzielle Lage genüge jedoch nicht zur Bestreitung aller dabei entstehenden Unkosten.

Die Zeit wäre noch nicht reif für eine weitere Erhöhung der Mitgliedsbeiträge, aber er hoffe, dass die angeschlossenen Organisationen besondere Geldmittel zur Verfügung stellen, wenn die I.T.F. dazu auffordert.

Zum Boykott von Schiffen Panamas und Argentiniens erklärte Kollege Becu, dass die I.T.F. seit ihrer Gründung nur vier durchzuführen hatte, dass aber in der letzten Zeit innerhalb weniger Monate zwei weitere Boykotte hinzugekommen wären. Die Boykotte wären wichtig, weil sie an die Fundamente der I.T.F. - Politik rührten. In Argentinien sei das Recht der Vereinigungsfreiheit der Arbeiter bedroht und die I.T.F. würde ihre Pflicht vernachlässigt haben, hätte sie nicht in Übereinstimmung mit ihren Satzungen die argentinischen Seeleute unterstützt. Er fand warme Worte der Anerkennung für das, was in Deutschland zur Unterstützung des Boykotts geleistet worden wäre.

Die deutschen Gewerkschafter hielten ihre Aktion für selbstverständlich, weil sie wüssten, was Diktatur bedeute. Reeder und offizielle Stellen hätten die Gewerkschaft unter Druck gesetzt und die deutsche Regierung wäre im Bundestag sogar aufgefordert worden, auf die Gewerkschaft zur Einstellung des Boykotts einzuwirken. Er bezweifle nicht, dass das deutsche Volk auf diesen Angriff auf die gewerkschaftliche Freiheit entsprechend antworten wird. Abschliessend führte er aus, dass die Zukunft dunkel vor uns liege. Viele Tausende würden im koreanischen Krieg getötet und unsere Seeleute und andere Transportarbeiter würden unvermeidlich in den Konflikt mit hineingezogen. Er hoffe, dass die koreanische Frage auf dem Kongress behandelt werde.

DIMITRACOPOULOS (griechische Eisenbahner) übermittelte herzliche Grüsse vom griechischen Eisenbahnverband. Er dankte der I.T.F. für die Wiederaufnahme der Beziehungen zu den griechischen Gewerkschaften.

A. DEAKIN (britischer Transportarbeiterverband) beglückwünschte den amtierenden Generalsekretär zu seiner Rede über den Bericht und sagte, dass die Einleitung der Diskussion durch diese Rede ganz richtig gewesen wäre. Er wäre gewiss, dass der Kongress die Ausführungen des Kollegen Becu sehr schätze. Es habe sich gezeigt, dass Kollege Becu das Format der grossen Generalsekretäre der I.T. habe und ihm einst ebenso Achtung gezollt würde wie Edo Fimmen und J. H. Oldenbroek. Der Tätigkeitsbericht enthalte eine getreue Wiedergabe der Arbeit seit dem letzten Kongress und der grossen Dienste, die die I.T.F. den angeschlossenen Gewerkschaften geleistet habe. Nach seiner Meinung müsste sich ein derartiger Bericht auch mit der Zukunft befassen. Erst nachdem Kollege Becu an das Rednerpult herangetreten war, sei dem Kongress ein Ausblick auf das gegeben worden, was das Exekutivkomitee für die Zukunft vorhabe.

Kollege Vercrucyce hätte Bezug genommen auf die, wie er es nannte, reaktionäre Haltung der britischen Gewerkschaften in der Frage der Einführung der 40-Stundenwoche. Dies stimme mit den Tatsachen nicht überein. Die sofortige Wiederherstellung der Vorkriegsverhältnisse sei durch die kriegsbedingte wirtschaftliche Zerstörung ausgeschlossen gewesen, und darum hätten die britischen Vertreter die Einführung der 40-Stundenwoche auf den Konferenzen in Utrecht und Paris nicht unterstützen können. Wenn Kollege Vercrucyce behauptete, dass die britischen Gewerkschaften den Kapitalismus erhalten wollen, kenne er anscheinend nicht die gewaltige Aufgabe, die von der britischen Arbeiter-Regierung in Zusammenarbeit mit den britischen Gewerkschaften ausgeführt worden sei. Das Verkehrswesen in Grossbritannien sei verstaatlicht worden und die Arbeiter-Regierung verfolge eine Politik der Planwirtschaft, die den Lebensstandard des britischen Volkes verbessern würde.

Auf Grund der von der Regierung eingeschlagenen Politik der Vollbeschäftigung lägen die Ziffern der Beschäftigten heute viel höher als zuvor. Im Verkehrswesen wäre das Hauptproblem der Mangel an Arbeitskräften. Während des Krieges hätte man gezwungenermassen Frauen beschäftigt, aber nun wäre für die Frauen die Zeit gekommen, zum Haushalt zurückzukehren. Die britischen Gewerkschaften vertreten den Standpunkt, dass der Frau nicht die Rolle des Ernährers zufallen solle. Der Mann müsste genügend verdienen, damit er es nicht nötig habe, Überstunden zu machen, um für den Unterhalt seiner Familie zusätzlich zu seinem Lohn etwas zu verdienen. Es wäre daher lächerlich, die Herabsetzung der Arbeitszeit im Augenblick vorzuschlagen. Die I.T.F. dürfe nicht eine bestimmte Politik um jeden Preis befolgen. Er wolle Belgien nicht kritisieren, aber er müsse doch auf die dort herrschende Arbeitslosigkeit hinweisen. Dies wäre das Ergebnis der Rückkehr Belgiens zum freien Unternehmertum und zur Aufgabe der Planwirtschaft.

Kollege Deakin sprach dann über die Gewinnung neuer Mitglieder. Es wäre besonders schwierig, junge Leute für die Gewerkschaft zu gewinnen und er hoffe, dass die I.T.F. dieser Angelegenheit ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden möge. Das Problem wäre in Grossbritannien nicht in der Hauptsache das der Gewinnung junger Leute, schwierig wäre aber, die jungen Leute zur aktiven Mitarbeit heranzuziehen. Dieses Problem hätte sich aus der schwierigen internationalen Lage und dem letzten Weltkrieg entwickelt. Ein weiterer wichtiger Faktor wäre die Einberufung der jungen Leute zum Militärdienst kurz nach dem Eintritt ins Erwerbsleben. Das bedeute, dass

das stabilisierende Moment langer gewerkschaftlicher Erfahrungen verlorenginge.

Kollege Deakin sagte dann, dass die Tätigkeit der Sektionen der I.T.F. bemerkenswert wäre. Der amtierende Generalsekretär hätte schon auf die Notwendigkeit hingewiesen, gewisse Regelungen zu treffen, um den Sektionen die gute Durchführung ihres Werkes zu ermöglichen. Die I.A.O. mit ihren Ausschüssen habe den Weg aufgezeichnet, auf dem die I.T.F. zu vielen Problemen eine Lösung finden könnte.

Die I.T.F. stehe heute auf festem Boden als je zuvor und dieser Kongress wäre ein weiterer Meilenstein. Die I.T.F. würde nicht schlecht dabei fahren, wenn sie sich der Führung des amtierenden Generalsekretärs anvertraue. Er begrüßte die Anknüpfung von Beziehungen zum I.B.F.G.. Er habe keine Illusionen darüber, dass der Kampf gegen den Kommunismus ein harter sein werde. Aber die von den freien Gewerkschaften hinsichtlich des W.G.B. unternommen Schritte würden uns in die Lage versetzen, eine so grosse internationale Gewerkschaftsaktivität wie nie zuvor zu entfalten.

A. KUMMERNUSS (Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschlands und Berlin) brachte zum Ausdruck, dass er keine Kritik am Bericht üben wolle. Er wäre aber der Meinung, dass etwas darin fehle: die Gewinnung der jungen Arbeiter. Da es noch immer Leute gäbe, die Probleme durch Krieg lösen wollten, müsste die Gewerkschaftsbewegung der Jugend der Welt beibringen, was ein Krieg bedeute. Sommerlager reichten dafür nicht aus. Was wir brauchten, wäre, der Jugend der Welt Gelegenheit zu geben, monatelang in einem anderen Lande zu leben, um einander und die gegenseitigen Probleme kennenzulernen.

Kollege Kummernuss erklärte, dass die deutschen Gewerkschaften den Boykott argentinischer Schiffe voll unterstützten trotz des ausgeübten Druckes und trotz der Drohungen, sie für den Schaden, der Industrie und Handel dabei zugefügt würde, haftbar zu machen. Er bedauerte, dass argentinische Schiffe in anderen Ländern bearbeitet worden wären, aber dies könne die Entschlossenheit der deutschen Gewerkschaften nicht ins Wanken bringen. Er erwähnte den von der Freien Demokratischen Partei im Bundestag eingebrachten Antrag, durch den die Regierung zum Eingreifen aufgefordert wurde. Er stellte fest, dass die einzige deutsche Partei, die die Aktion gutheisse, die Sozialdemokratische Partei sei. Die Zielsetzung der deutschen Gewerkschaften wäre die internationale Solidarität und sie rechneten es sich zur Ehre an, das erste Land zu sein, das die Boykottaktion begonnen habe.

T. SMEDING (holländische Transportarbeiter) dankte dem Exekutivkomitee und dem Sekretariat für den Tätigkeitsbericht. Die holländischen Transportarbeiter hiessen die von den internationalen Berufssekretariaten gegenüber dem I.B.F.G. eingenommene Haltung gut. Er billigte auch die Haltung der I.T.F. in der Frage der Rheinschifffahrt. Dies wäre keine leichte Aufgabe, aber die I.A.O. wäre die einzige dazu geeignete Organisation. Die Rheinzentalkommission würde die Arbeiter berücksichtigen müssen und er hoffe, dass die I.A.O. für die Hinzuziehung der Gewerkschaften zu allen Besprechungen über Arbeiterangelegenheiten sorgen würde. Er gab seiner Ent-

täuschung über die mageren Ergebnisse der Hochseefischer-Sektion Ausdruck und bat dringend darum, dieser Arbeitergruppe mehr Beachtung zu schenken. Auch wäre er dafür, einen ständigen Ausschuss für die Hafendarbeiter-Sektion zu ernennen, der sich mit so wichtigen Fragen, wie dem Boykott argentinischer Schiffe, befassen könne.

Der Kongress vertagte sich dann. Die Besprechungen wurden von den Sektions-Konferenzen fortgesetzt.

III. VOLLSITZUNG

Montag, 24. Juli 1950

Fortsetzung der Aussprache über den Tätigkeitsbericht.

Faiz Ahmed (Transportarbeiter Pakistans) brachte seine Freude darüber zum Ausdruck, dass er auf dem Kongress im Namen der Transportarbeiter Pakistans sprechen könnte, deren Grüße er überbrächte. Er erinnerte den Kongress daran, dass Pakistan ein neuer, durch die Teilung Indiens geschaffener Staat wäre. Diese Teilung rief insofern Schwierigkeiten hervor, als die Gewerkschaftsbewegung auf neuer Grundlage umorganisiert werden müsste. Bis zu einem gewissen Grade wäre die Gewerkschaftsbewegung in Pakistan nun angeht, Die Transportarbeiter wären besser organisiert als die anderen Arbeitergruppen. Er wäre stolz darauf, berichten zu können, dass diese Arbeiter in die nach demokratischen Grundsätzen aufgebauten Gewerkschaften ihr Vertrauen setzten. In Pakistan gäbe es keine Einmischung seitens der Regierung oder politischer Parteien.

Der Redner ging dann zum Tätigkeitsbericht über und beglückwünschte das Sekretariat der I.T.F. zu diesem ausgezeichneten Bericht, den er aus ganzem Herzen billigte. Er dankte der I.T.F. für ihre Tätigkeit in Pakistan und in Asien überhaupt. Die I.T.F. hätte durch die Entsendung ihres Vertreters, des Kollegen G. Reed, einen wertvollen Beitrag zum Aufbau der Gewerkschaften in Pakistan und Indien geschickt. Dadurch wäre der Zusammenbruch der Gewerkschaftsbewegung in der schwierigsten Übergangszeit verhindert worden. Auch der britischen Seeleutegewerkschaft gebührte aufrichtiger Dank.

Nach Ansicht des Redners müsste die I.T.F. ihre internationale Tätigkeit auf Asien und andere Gebiete ausdehnen. Der Kommunismus breite sich in Asien aus, da es in vielen asiatischen Ländern keine Demokratie gäbe. Er hielt die Gewerkschaften für das beste Mittel zur Förderung der Demokratie. Daher müsste die I.T.F. in Asien über ein regionales Sekretariat verfügen und dafür sorgen, dass es von Männern geleitet würde, die mit den asiatischen Problemen vertraut wären. Die asiatischen Arbeiter wären empfänglich für gewerkschaftliche Propaganda, aber die meisten Regierungen betrachten die Gewerkschaften als kommunistische Einrichtung.

Kollege Ahmed ging dann auf die besonderen Schwierigkeiten ein, denen die Seeleutegewerkschaften gegenüberständen. Die Teilung hätte zur Einstellung der Arbeit des nach englischem Vorbild geschaffenen Seefahrtsausschusses geführt. Verwechslung entstünde

dadurch, dass pakistanische Seeleute fälschlicherweise als indische Seeleute bezeichnet würden. 75% dieser indischen Seeleute wären Pakistaner. In Bezug auf das Anheuverfahren forderte er die Errichtung eines gemeinsamen Verhandlungsapparates für die Seeleute Indiens und Pakistans.

Der Redner ersuchte die I.T.F. um Erlass eines Aufrufes an diese Seeleute, in dem hierin die Lage klar dargelegt, die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisierung betont und die Errichtung eines geregelten Anheuverfahrens zum Ausdruck gebracht werden müsste. Da es für die Seeleute überhaupt keine Sozialversorgung gäbe, bedeuteten die Übereinkommen von Seattle für sie eine grosse Hoffnung. Keine der asiatischen Regierungen aber hätten auch nur eine davon ratifiziert. Ahmed schloss seine Rede mit dem Appell an die I.T.F., den Seeleuten Asiens zu helfen.

T. Yates (britische Seeleute) beantragte, die Redezeit auf 10 Minuten zu beschränken.

Der Vorschlag wurde angenommen. Der Vorsitzende hatte darauf hingewiesen, dass noch 10 weitere Delegierte zum Tätigkeitsbericht sprechen wollten.

H. Jahn (deutsche Eisenbahner) erklärte, dass er nicht zum Tätigkeitsbericht, sondern über zwei andere wichtige Punkte sprechen wolle. Der erste betreffe die Verhältnisse in Berlin, wo die Eisenbahner des Westsektors vom 20. Mai bis 28. Juni 1949 gegen die Sowjetische Militäradministration gestreikt hätten. Sie hätten einen Kampf für die Vereinigungsfreiheit geführt und den Sieg davongetragen. Die Sowjetadministration hätte den Eisenbahnern das Recht zugestehen müssen, einer Gewerkschaft eigener Wahl anzuhören. Aber das Abkommen wurde von der sowjetischen Administration nicht eingehalten und etwa 4.000 Eisenbahner wären gemassregelt worden.

Der Redner sagte, dass er überzeugt wäre, dass ein Verhandeln mit der russischen Administration sinnlos wäre. Daher müsste er die Weltöffentlichkeit darüber aufklären, dass der Kampf der Eisenbahner Westberlins und seine Folgen von der Eisenbahnergewerkschaft getragen werden müsste. Dies wäre nicht als ein Ruf um Hilfe aufzufassen, vielmehr wolle er auf den zweiten Punkt aufmerksam machen: Das Einsickern kommunistischer Agenten aus der Ostzone in die Westdeutsche Republik! Dieses hätte sich zu einer Gefahr entwickelt, gegen die er seine warnende Stimme erheben müsste. Man mache zunächst bei den Eisenbahnern den Versuch, durch Sabotage und militante Gruppen die Herrschaft zu gewinnen. Der Redner hätte eine Liste mit den Namen von 26 Agenten, denen die Aufgabe gestellt worden wäre, an den empfindlichsten Verkehrspunkten derartige Gruppen zu bilden. Die Organisation wäre sehr umfangreich und man hätte die Aufteilung der Westdeutschen Republik in 5 Sektionen vorgenommen. Die Leitung dieser Pläne, nach denen aus Westdeutschland ein zweites Südkorea gemacht werden sollte, sässe in Frankfurt und Düsseldorf.

Die Nachricht, dass eine vierte Kommission kürzlich die Verhältnisse der deutschen Eisenbahnen untersuchte, müsste unter diesem Gesichtspunkt betrachtet werden. Der Bericht dieser amerikanischen Kommission hätte die Entlassung von etwa 80.000 Eisenbahnern verlangt. Die Tätigkeit seiner Gewerkschaft in Westdeutschland voll-

ziehe sich mehr nach politischen als nach wirtschaftlichen Erwägungen. Das Ansteigen der Arbeitslosigkeit wäre ein weiterer Schritt zur Diktatur aus dem Osten. Daher ersuchte der Sprecher den Kongress, sich der Ansicht seiner Gewerkschaft anzuschließen, dass keineswegs der Wiederaufbau der westdeutschen Eisenbahnen durch solche Methoden erreicht würde. Im Gegenteil, es müsste alles getan werden, um den Glauben an die Demokratie zu stärken, die für die Gewerkschaften das Fundament sei. Andernfalls würden wir eines Tages in eine Welle des Fatalismus untertauchen. Die Zeit scheine gekommen zu sein, wo man anerkennen müsste, dass die Arbeit der Gewerkschaften in der Westdeutschen Republik so sehr gehindert wird, dass es zu einer Krisis führen könnte, die die Grundlagen unserer Gewerkschaften unterminiert. Daher ersuchte der Sprecher den Kongress, den Kampf gegen die Diktatur aus dem Osten zu unterstützen.

P. Kalapothakis (griechische Seeleute) überbrachte die Grüße der griechischen Seeleute an den Kongress der Transportarbeiter, die immer für Demokratie und Freiheit gekämpft hätten. Er berichtete dem Kongress vom Kampf seiner Gewerkschaft gegen den Kommunismus. Im Augenblick wäre eine Aktion seiner Gewerkschaft für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Küstenverkehr im Gange, die vielleicht zu einem langen und harten Kampf führen könnte. Im Namen der griechischen Seeleute gab der Redner die Versicherung ab, dass sie auch in einem künftigen Krieg für die Verteidigung von Freiheit und Demokratie ihre Pflicht tun würden.

P. de Vries (holländische Schiffsoffiziere) beglückwünschte das I.T.F. - Sekretariat zu seinem Tätigkeitsbericht, aus dem die grosse Bedeutung der I.T.F. hervorgehe. Er stimme dem amtierenden Generalsekretär zu, dass die Aufgaben für die Zukunft einer Prüfung unterzogen werden und in derselben Weise ausgeführt werden müssten, wie alles bisher von der I.T.F. Unternommene. Der Redner betonte, dass die erste Aufgabe die Erhaltung der gewerkschaftlichen Freiheit auf demokratischer Grundlage wäre. Enge Zusammenarbeit mit dem I.B.F.G. wäre zu diesem Zweck erforderlich, besonders in Gebieten, wo die Gewerkschaften noch nicht existierten oder schwach wären. Regionale Büros wären eine Notwendigkeit und die erhöhte finanzielle Belastung müsste durch Zuweisung grösserer Mittel an die I.T.F. ausgeglichen werden. Er wandte sich dann dem Streik der argentinischen Seeleute und Hafentarbeiter zu und hiess die Entscheidung der I.T.F. gut. Die Aktion müsste jedoch trotz Schwierigkeiten in einzelnen Ländern wirksam durchgeführt werden. Der Redner nahm dann Bezug auf die unerfüllten Versprechungen, die den Seeleuten während des Krieges gemacht worden waren. Die Internationale Seeleute-Charta wäre darauf zurückzuführen. Es bestünde die Gefahr, dass die von der I.A.O. herbeigeführten Übereinkommen von Seattle zu toten Buchstaben würden, und dafür wären teilweise die demokratischen Regierungen verantwortlich. Der Sprecher forderte, dass keine weitere Verzögerung in ihrer Ratifikation einträte. Er forderte ferner Vertretung der Seeleute im Schifffahrtsplanungsamt der Atlantikpaktstaaten.

Hinsichtlich der Frage der unlauteren Flaggenwechsel wies der Redner darauf hin, dass die Kommunisten die Lage ausnützten. Der Redner sprach die Erwartung aus, dass der Kongress die diesbezüglichen Entschliessungen annähme.

H. Kageyama (japanische Seeleute) gab eine weitere Schilderung der Verhältnisse in seinem Land. Die Lage der japanischen Seeleute wäre äusserst ernst. Die der Seefahrt auferlegten Beschränkungen hätten zur Massenarbeitslosigkeit unter den Seeleuten geführt. Er bat die I.T.F., die Bestrebungen zur Aufhebung dieser Beschränkungen zu unterstützen. Er bat ferner darum, die Aufhebung der dem Fischfang auferlegten Beschränkungen zu unterstützen, damit Japan seine grosse Bevölkerung ernähren könne.

Obwohl das japanische Volk nicht den Wunsch hätte, an dem Kampf zwischen den grossen Mächten teilzunehmen, verfolge es den Kampf um die Freiheit mit grossem Interesse, da es die Freiheit im eigenen Lande aufrecht zu erhalten wünsche. Er versicherte dem Kongress, dass sein Volk einen japanischen Imperialismus nicht unterstützen würde.

Japan wäre sehr besorgt über den Konflikt in Korea und die japanischen Seeleute nähmen den grösstmöglichen Anteil an der Beförderung von Waffen auf diesen Kriegsschauplatz. Das wäre symbolhaft für die Tatsache, dass das japanische Volk mit anderen Völkern der Welt zusammenstehe im Kampf gegen Diktatur und Aggression.

A. Elgesson (schwedische Transportarbeiter) stellte fest, dass nur wenige Organisationen sich am Boykott gegen argentinische Schiffe beteiligten. Unter ihnen aber befänden sich die schwedischen Hafendarbeiter und Seeleute, und es wäre der argentinischen Regierung offensichtlich unangenehm. Er zitierte in diesem Zusammenhang die Drohung einer Gegenblockade schwedischer Schiffe in argentinischen Häfen. Der Redner gab den sich an der Aktion nicht beteiligenden Organisationen zu bedenken, dass sie vielleicht selbst eines Tages ähnlichen Beistand brauchen. Mißlänge der Boykott, so wäre das ein ernster Schlag für das Prestige der I.T.F.. Eines wäre gewiss, alle müssten dem Aufruf der I.T.F. folgen.

A. Lafond (französische Eisenbahner) führte aus, dass zwischen den Kongressen von Oslo und Stuttgart Frankreich besonders im Verkehrswesen eine Welle von kommunistischen Streiks durchzumachen hatte, die angeblich zur Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen, in Wirklichkeit aber aus politischen Gründen ausgerufen worden waren. Die demokratischen französischen Gewerkschaften hätten sich aber geweigert, sich von den Kommunisten ins Schlepptau nehmen zu lassen, und es hätte sich herausgestellt, dass die C.G.T. Streiks ohne Unterstützung der ersteren, nicht erfolgreich durchführen könnte. Unglücklicherweise wäre die französische Regierung und die christlichen Gewerkschaften den Kommunisten durch Massnahmen zu Hilfe bekommen, die ihren Mangel an Verständnis für die Wirklichkeiten im politischen Leben Frankreichs dargelegt hätten.

Kollege Oldenbroek hätte recht, wenn er auf die Gefahren der Lage in Frankreich und Italien hinwies. Da Freiheit, Friede und Demokratie so offensichtlich auf dem Spiel stünden, müssten internationale Schritte zu ihrer Verteidigung unternommen werden. Das müsste ganz klar herausgestellt werden.

Kollege Lafond brachte zum Ausdruck, dass wieder einmal die Gefahr eines Krieges bestünde. Der Vorstand revoltiere gegen den Gedanken eines anderen Krieges. Es wäre aber trotzdem notwendig, angesichts der Aggression Stellung zu nehmen. Wir wüssten aus Erfahrung, welche Gefahren die Befriedung um jeden Preis mit sich brächte.

Er wäre der Überzeugung, dass die kommunistische 5. Kolonne ihre Anstrengungen im Verkehrswesen verdoppeln würde, weil die Kommunisten wüssten, wie lebenswichtig dieser Wirtschaftszweig wäre.

Es wäre unglücklicherweise wahr, dass bisher die Initiative an allen Fronten bei den Kommunisten gelegen hätte. Die Kräfte des Friedens sollten sie ihnen entreissen. Wir hätten die Macht, und wir müssten sie auch gebrauchen.

Die Notwendigkeit für die Organisierung des Verkehrswesens in Europa wäre unzweifelhaft gegeben. Sie würde in großem Maße zur Lösung von sozialen Problemen beitragen.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass die Sprechzeit auf 10 Minuten beschränkt wäre und hoffte, dass die Delegierten sich daran halten würden. Er begrüßte einen weiteren Gast, der inzwischen getroffen war, Harvey Brown, ehemaliger Präsident der Brotherhood of Machinists (U.S.A.).

H. Brown (Vertreter des amerikanischen Hohen Kommissars) erklärte, dass er sich glücklich schätze, an der Tagung teilnehmen zu dürfen und seine alten Freundschaften in der Internationalen Gewerkschaftsbewegung zu erneuern. Es wäre ihm eine Ehre, vor dem I.T.F.-Kongress zu sprechen. Die Transportarbeiter wären eine besonders wichtige Gruppe und spielten auch im Konflikt zwischen Ost und West eine bedeutende Rolle. Er wolle eine oder zwei Bemerkungen machen über die Erfahrungen, die er während der elf Monate im Dienst des Arbeitsberaters in Deutschland gemacht habe. Er wäre teilweise während seines Aufenthaltes manchmal enttäuscht worden, besonders, was die Haltung der deutschen Arbeitgeber anbelange. Es wäre die Aufgabe der Besatzungsbehörden, den Deutschen unsere Auffassung von Demokratie beizubringen. Wenn dies fehlschläge, dann nur deshalb, weil es zu viele ehemalige Nazis in hohen Stellungen gäbe.

Nach seiner Meinung hänge die Zukunft der Welt von den Geschehnissen in Deutschland ab. Wenn es den Deutschen nicht gelänge, sich demokratischen Gepflogenheiten anzupassen, wäre Europa verloren.

Das könnte ein wenig pessimistisch klingen. Er hätte aber einige überraschende Erfahrungen in Deutschland gemacht. Deutschland machte Fortschritte, aber dieser Fortschritt wäre zu ungleichmäßig aufgeteilt. Die auf die Schultern der Arbeiter abgewälzten Kriegslasten waren zu hoch. Ein weit größerer Anteil an den Profiten der Industrie finde seinen Weg in die Tresore der Besitzer. Hierin unterschieden sich die deutschen Arbeitgeber nicht sehr von denen anderer Länder, einschliesslich der Vereinigten Staaten. Wie lange wohl würde man rufen müssen, bis sie den Arbeitern einen gerechteren Anteil an den Gewinnen zubilligten. Es wäre enttäuschend zu sehen, dass die, die den grössten Nutzen aus dem freien Wettbewerb zögen, noch immer nicht bereit wären, einen größeren Teil ihrer Gewinne in die Lohntüten der Arbeiter zu legen, und auch den Arbeitern ein wenig an der Lenkung der Geschicke des wirtschaftlichen Lebens zu beteiligen, selbst wenn dies zu ihrer eigenen Sicherheit beitrüge.

Abschliessend überbrachte er dem Kongress die besten Wünsche des Hohen Kommissars. Auch dieser vertrat die Ansicht, dass die Gewerkschaften eine starke Macht für die Demokratie wären. Er drückte die Hoffnung aus, dass das denkende Volk der Welt den Arbeitern im Verkehrswesen die Anerkennung zollen müsste, die sie verdienten. Er dankte dem Kongress der I.T.F. noch einmal für die Ehre, dass er diese Tagung besuchen durfte.

Der Vorsitzende dankte Mr. Brown und Mr. McCloy für ihre Grüsse und wünschte dem Ersteren zu seiner Arbeit in Deutschland vollen Erfolg.

M. Machin (uruguayische Eisenbahner) sagte, dass er glücklich wäre, an diesem wichtigen Kongress teilzunehmen. Er hoffte, dass die Arbeit des Kongresses erfolgreich würde. Widrige Umstände hätten dazu geführt, dass die Delegation von Südamerika sehr klein wäre, aber er wolle im Namen der Transportarbeiter seines Kontinentes seine Ansicht über den Bericht zum Ausdruck bringen. Er sprach besonders über die von der I.T.F. gemachten Anstrengungen, ihre Tätigkeit in Latein-Amerika auszudehnen. Auf dem regionalen Kongress in Havanna im Jahre 1949 wäre die Errichtung eines latein-amerikanischen Zweigsekretariats beschlossen worden, da jedoch bisher nicht sehr aktiv gewesen wäre.

Es bestünden große Unterschiede zwischen den Kontinenten Südamerika und Europa. Er zeigte auf, wie rückständig die südamerikanischen Länder noch wären. Dort gäbe es grosse Landbesitzer und der Reichtum wäre ungleich verteilt. Alle diese Faktoren führten zur Ausbeutung Vieler durch Wenige. Er wusste genau, dass die süd-amerikanischen Lebensverhältnisse dem Aussenseiter eigenartig erschienen. Man müsste aber die Tatsache im Auge behalten, dass es sich hier um einen neuen Kontinent handle. Er würdigte den Takt, mit dem die I.T.F. ihre zwischenkontinentalen Beziehungen unterhalte und die Anstrengungen zur Organisierung der latein-amerikanischen Arbeiter. Er unterstrich die Bedeutung der Gewinnung letzterer für den Fortschritt.

Verglichen mit den europäischen Gewerkschaften wären die latein-amerikanischen Gewerkschaften jung und unerfahren und daher würde auch mancher Fehler gemacht. Es gäbe jedoch keinen Zweifel, dass die zwei Kontinente und ihre Gewerkschaften einander brauchten.

Er ersuchte die I.T.F. um Fortsetzung und Erweiterung der Tätigkeit des latein-amerikanischen Sekretariats zur Konsolidierung der gewerkschaftlichen Stellung in ihrem Gebiet.

N. Wälläsi (finnische Seeleute) erklärte sein Erstaunen darüber, dass in der Rede des Kollegen Jahn Finnland als eines der Länder bezeichnet würde, in dem gewerkschaftliche Freiheit nicht existierte. Er möchte den Kongress darauf hinweisen, dass diese Erklärung nicht richtig wäre, da die Freiheit in seinem Lande nicht eingeschränkt wäre.

Zum argentinischen Boykott erklärte der Sprecher, dass die skandinavische Transportarbeiter-Föderation auf ihrem im Juni abgehaltenen Kongress alle Seeleute und Hafentarbeiter aufgefordert hätte, den Boykott durchzuführen. Die finnische Seeleute-Gewerkschaft hätte diesem Appell entsprochen und eine Delegation zur argentinischen Gesandtschaft in Helsinki gesandt, die die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Freiheit in Argentinien forderte.

Er hoffte, dass der Boykott in allen Ländern wirksam durchgeführt würde.

Der Vorsitzende stellte fest, dass man damit am Ende der Diskussion über den Tätigkeitsbericht angekommen wäre und forderte dann den Kollegen Baty auf, den Bericht des Mandatprüfungsausschusses vorzulegen.

J. Baty (britische Lokomotivführer) gab den Bericht des Mandatprüfungsausschusses ab und verwies auf Punkt 3. Der Ausschuss hätte alle Beglaubigungen geprüft und könnte berichten, dass auf dem Kongress 63 angeschlossene Organisationen durch 181 Delegierte (einer davon gleichzeitig bevollmächtigter Stellvertreter) und 28 Ersatzmänner vertreten wären. Die auf dem Kongress vertretene Mitgliedschaft der Organisationen betrage 3.366.779 bei einer Gesamtmitgliedschaft der I.T.F. von annähernd 5.300.000. Der Ausschuss empfehle dem Kongress, alle Beglaubigungen der Delegierten anzunehmen. Er hielt es auch für seine Pflicht, darauf hinzuweisen, dass alle angeschlossenen Organisationen dafür sorgen möchten, dass gemäß Ziffer 5 des § IV der Satzung die Mitgliedsbeiträge für das jedem Kongress vorausgehende Vierteljahr bezahlt werden.

Er wende sich damit nicht gegen bestimmte Organisationen, aber mit Rücksicht auf die Bedeutung der I.T.F. möchte der Ausschuss auf die Notwendigkeit hinweisen, dass die Mitgliedsbeiträge prompt bezahlt werden.

Der Kongress genehmigte den Bericht. Die Sitzung wurde dann vertagt. Die Beratungen wurden in den Sektionskonferenzen fortgesetzt.

VIERTE VOLLSTZUNG

Dienstag, 25. Juli 1950

Abschluss der Besprechung des Tätigkeitsberichtes

O. Becu (amtierender Generalsekretär) sprach zunächst den Rednern den Dank dafür aus, dass sie die späte Verteilung des Tätigkeitsberichtes nicht zum Anlass einer Kritik genommen hätten. Er stellte fest, dass es auch sonst wenig Kritik gäbe und war befriedigt darüber, dass die Besprechung frei und offen erfolgt wäre und vor allem konstruktiv gewesen sei.

Die vorgebrachten Probleme wären so gross, dass sie eingehender Besprechungen bedürften.

Er wandte sich dann mit Dankesworten an Kollege Deakin für dessen Würdigung der Arbeit des Generalsekretärs. Er glaube, dass er das Lob nicht verdiene. Er hätte den Posten des Generalsekretärs der I.T.F. in einem sehr schwierigen Augenblick übernommen. Kollege Oldenbroek wäre selbst eine gewaltige Aufgabe zugefallen und hätte nicht viel Zeit zur Verfügung gehabt, ihm zu helfen, aber es trotzdem getan. Um seine Aufgabe voll erfüllen zu können, müsse er volle Mitarbeit von den verschiedenen Sektionen der I.T.F. fordern.

Eines der grössten in der Besprechung vorgebrachten Probleme wäre das des Nachwuchses und der gewerkschaftlichen Erziehung, worüber die Kollegen Deakin und Kummernuss gesprochen hätten. Das Problem wäre schon in Oslo besprochen worden. Es beträfe aber nicht die I.T.F. allein, sondern die gesamte Gewerkschaftsbewegung. Diese Aufgabe wäre für die I.T.F. zu gross und die erforderlichen finanziellen Mittel zu hoch. Nach seiner Meinung müssten wir damit warten, bis der I.B.F.G. die Aufgabe übernehme, wozu wir unsere Mitarbeit anböten. Er stimmte den Kollegen Deakin und Smeding, die auf die Sektionsarbeit hingewiesen hatten, zu, dass es notwendig wäre, sie auszubauen. Er erwartete zufriedenstellendere Ergebnisse, nachdem während des Kongresses Ausschüsse für alle Sektionen gebildet worden seien. Mr. Deakin hätte dabei auch auf die Fachausschüsse der I.A.O. Bezug genommen. Kollege Becu war ebenfalls der Meinung, dass diese ihrer Aufgabe dank des Einflusses unserer Sektionen nachkämen. Der Redner warnte davor, dass in der I.A.O. Kräfte am Werk seien, die diese Fachausschüsse abschaffen wollten. Man müsse auf der Hut sein.

Kollege Smeding hätte sich darüber beklagt, dass die I.A.O. und insbesondere die betreffenden Regierungen die Gewerkschaftsbewegung in der Rheinschiffahrt nicht anerkennen wollten. Die I.T.F. hätte schon dagegen protestiert, dass die I.A.O. eine Konferenz über die Rheinschiffahrt einberief, ohne die I.T.F., die die ganze Angelegenheit in Gang gebracht hätte, einzuladen. Die I.T.F. verwehre sich gegen die Haltung der Regierungen, der Arbeit der Zentralen Rheinkommission mehr Bedeutung beizumessen, als der Tätigkeit der I.A.O. auf diesem Gebiet.

Wie Kollege Smeding bedauerte auch er, dass für die Seefischer noch kein Fortschritt erzielt worden wäre. Die I.T.F. verliesse sich hierin auf die I.A.O. und würde es nicht versäumen, auf bessere Ergebnisse zu drängen.

Der Redner dankte Kollegen Ahmed dafür, dass er die Lage im Fernen Osten so klar beschrieben hätte. Die Bedeutung Asiens für unser Werk ginge aus der Tatsache hervor, dass dort die Hälfte der Bevölkerung der Welt lebe. Die I.T.F. wäre gewillt, mehr zu tun, als bisher getan worden sei. Die I.T.F. stünde dort beinahe allein in ihrem Wirken für die Gewerkschaftsbewegung. Nachdem sich nun der J.B.F.G. beteilige, könne auch hierin eine Änderung erwartet werden.

Der Redner stimmte dem Kollegen de Vries zu, dass die I.T.F. als internationale Organisation regional denken müsste. Auch auf diesem Gebiet würde der I.B.F.G. grosse Hilfe leisten können. Hinsichtlich der mit regionaler Organisierung verbundenen finanziellen Lasten glaubte er nicht, dass grössere Schwierigkeiten auftreten würden, vorausgesetzt, dass andere internationale Berufssekretariate mitarbeiten würden und der I.B.F.G. sich entsprechend unseren Erwartungen entwickelte.

Der Redner pflichtete dem Kollegen Vries bei, dass die Übereinkommen von Seattle in Gefahr wären und er hoffte, dass die Sektionskonferenz der Seeleute erfolgversprechende Vorschläge machen könnte.

Ihre Ratifikation durch demokratische Regierungen dürfte nicht länger verzögert werden. Es wäre der I.T.F. zu verdanken, wenn die Kommunisten keinen Einfluss auf die Seeleute hätten gewinnen können, aber die I.T.F. könnte das Weiterbestehen dieser Lage nicht garantieren, wenn die Seeleute enttäuscht würden.

Hinsichtlich der gewerkschaftlichen Vertretungen beim Schiffsahrtsplanungsamt bemerkte der Redner, dass bei Besprechung von Arbeitsfragen gewiss Vertretung zugestanden würde.

Kollege Kageyama hätte auch die Probleme Japans angeschnitten, besonders das der Arbeitslosigkeit unter den japanischen Seeleuten. Auch Kollege Becu meinte, dass die grosse Gefahr billiger Arbeitskräfte bestünde. Er freute sich, dass die Mitglieder der japanischen Seeleute-Gewerkschaft sich weigerten, dabei mitzumachen. Er hoffte, dass die Entschliessung des Kongresses dies zum Ausdruck bringen würde. Wenn Japan wirklich wirtschaftlich erstarken sollte, brauchte es die Mittel zum Wiederaufbau.

Kollege Becu versprach dem Kollegen Machin (Uruguay), dass Schritte zur Erhöhung der Wirksamkeit des Zweigsekretariats in Havanna unternommen würden. Die Tatsache, dass die lateinamerikanische Gewerkschaftsbewegung noch in den Kinderschuhen stecke, bedeute für die I.T.F. eine besondere Aufgabe.

Kollege Lafond hätte über die Beziehungen unserer Organisation zu der Christlichen Gewerkschaftsbewegung gesprochen. Nach Ansicht des Kollegen Becu könnte dieser Punkt nicht ausführlich auf dem Kongress besprochen werden. Der I.B.F.G. würde sich dieser Frage besonders widmen. Einigkeit würde aber augenscheinlich von den christlichen Gewerkschaften nicht gewünscht. Wie Kollege Lafond wäre auch er sich bewusst, wie gefährlich die gewerkschaftliche Lage in Italien und Frankreich wäre. Die I.T.F. hätte alles getan, um den dortigen freien Gewerkschaften zu helfen und wäre auch zu weiterer Unterstützung entschlossen, da auch die politische Lage dies dringend erforderlich mache.

Bezugnehmend auf die Notwendigkeit der Einsetzung einer europäischen Verkehrsbehörde, bemerkte der Sprecher, dass bei Annahme der I.T.F.-Vorschläge die Verhältnisse im europäischen Verkehrswesen nun viel besser wären.

Kollege Lafond und die griechischen und japanischen Delegierten hätten auch über den Krieg im Fernen Osten gesprochen. Wie diese wäre auch er der Meinung, dass Korea das Versuchsfeld für zukünftige Schlachten wäre. Die Verteidigung der Freiheit und Demokratie erforderte grösste Opfer. Er sprach seine Überzeugung aus, dass alle Seeleute- und andere der I.T.F. angeschlossenen Gewerkschaften bereit wären, sie zu bringen.

Dann kam Kollege Becu auf die kommunistischen Umtriebe zu sprechen. Der eindrucksvollste Fall wäre vom Kollegen Jahn dargelegt worden. Die I.T.F. hätte genau den Kampf der Berliner Eisenbahner verfolgt, die der Sache der Freiheit in Deutschland unermessliche Dienste geleistet hätten. In europäischen Häfen hätte die I.T.F. gegen die kommunistischen Umtriebe Gegenmassnahmen ergriffen und Aktionsausschüsse eingesetzt. Es wäre der I.T.F. zu verdanken, wenn die Kommunisten ihre Absichten nicht hätten ausführen können. Wenn der I.B.F.G. und damit die Landesgewerkschaftsbünde darangingen, zu helfen, könnten die Ergebnisse noch besser sein. Der Redner

gab dem I.B.F.G. die Versicherung, dass die I.T.F. zu seiner Verfügung stünde. Kollege Oldenbroek wäre in seiner Rede auf die kommunistische Friedensbewegung und die von den Landesgewerkschaftsbünden jetzt ergriffenen Gegenmaßnahmen eingegangen. Auch in dieser Hinsicht würden die I.T.F. und andere Internationale Berufssekretariate zur Hilfe bereit sein.

Der Redner wandte sich dagegen, dass der Kommunismus eine Bewegung der Linken genannt würde. Er wäre reaktionärer als die Kräfte der Rechten. Die I.T.F. wäre es gewesen, die den Waffentransport an die Armeen verhinderte, die 1917 die russische Revolution bedrohten.

Heute sähen die Dinge in jenem Teil der Welt aber ganz anders aus. Das dortige Regime verteidige nicht die Interessen der Arbeiterschaft. Ihr Ziel wäre die Zerstörung der Gewerkschaftsbewegung und der gesamten Arbeiterbewegung, um alle Macht an sich reißen zu können.

In der Vergangenheit hätte die I.T.F. mehrere Entschliessungen über diesen Punkt angenommen, und auch auf diesem Kongress müsste man sich damit befassen. Es wäre notwendig und von höchster Bedeutung, in der zu fassenden Entschliessung eindeutig und klar Stellung zu nehmen.

Verschiedene Sprecher hätten sich zum Streik der argentinischen Schifffahrt geäußert. Kollege Becu beschrieb die augenblickliche Lage, die auf die Ereignisse im Jahre 1947 zurückginge. Die I.T.F. wäre von den auf dem Osloer Kongress (1948) anwesenden Delegierten der argentinischen Gewerkschaft gut unterrichtet worden. Man hätte ihnen Unterstützung versprochen. Die damaligen Befürchtungen wären eingetreten. Peron hätte den Zeitpunkt für gekommen erachtet, die letzte Vertretung freien Gewerkschaftswesens in diesem Lande mit Hilfe der von der Regierung geförderten CGT zu zerschlagen. Drei Warnstreiks wären dem im Mai 1950 ausgerufenen und noch andauernden Streik vorausgegangen. Die Lage wäre von der I.T.F. sorgfältig geprüft worden. Sie beschloss, zunächst festzustellen, ob die Gewerkschaft stark genug wäre, ihn wirksam durchzuführen. Der Redner berichtete dann dem Kongress über seine Versuche, den Konflikt zur Erreichung einer Lösung mit den argentinischen Behörden zu besprechen. Er hätte dabei auf Erklärungen des Generals Peron hinweisen können, die erst im vergangenen April abgegeben wurden und in denen zugesagt wurde, dass kein argentinischer Gewerkschaftsführer an der Verfolgung der gewerkschaftlichen Ziele behindert würde, und dass die gewerkschaftlichen Rechte bestehen blieben. In London hatte man dem Kollegen Becu das Einreisevisum versprochen, in Montevideo aber wäre es nach einer Woche des Wartens verweigert worden. Die Hoffnung auf gütliche Beilegung des Konfliktes war damit fehlgeschlagen. Kollege Becu betonte, dass es in diesem Kampf um einen fundamentalen Grundsatz ginge, nämlich dem des freien Gewerkschaftswesens und der gewerkschaftlichen Rechte. Kollege Helgesson hätte darauf hingewiesen, dass nicht alle in der I.T.F. ihr Äusserstes täten. Das Exekutivkomitee hätte niemals eine vollständige Durchführung erwartet, als es den Beschluss, argentinische Schiffe zu boykottieren, fasste. Der Ausgang des Konfliktes könne nicht vorausgesagt werden. Selbst wenn die argentinische Gewerkschaft keinen Erfolg habe, so hätte sie zum mindesten den Geist des freien Gewerkschaftswesens in Argentinien lebendig gehalten. Kollege Becu wäre immer noch bereit, mit der argentinischen Regierung zu verhandeln, vorausgesetzt, dass diese die Freiheit der Gewerkschaft

anerkenne und von der Behinderung der argentinischen Föderation der Hafendarbeiter und Seeleute-Gewerkschaften Abstand nähme. Abschliessend wies der Redner darauf hin, dass die I.T.F. eine gewaltige Aufgabe zu leisten habe. Auch er wäre der Ansicht des Kollegen Oldenbroek, dass die I.T.F. kühn und dynamisch bleiben müsse. Trotzdem müsste unsere Politik auf sorgfältiger Überlegung fussen. Wir stünden vielleicht an einem Wendepunkt der Geschichte. Der I.T.F. könne aber nichts geschehen, wenn sie ein fester Block entschlossener Gewerkschaften bliebe. Die I.T.F. hätte sich immer einen wahren Kampfgeist bewahrt und müsste dies auch in der Zukunft tun.

Der Vorsitzende, Kollege R.Bratschi, dankte den Rednern zum Tätigkeitsbericht und insbesondere dem Kollegen Becu wie auch allen anderen, die dieses interessante Dokument zusammengestellt hatten. Er erwähnte dabei auch die Kollegen Oldenbroek und Tofahrn, die für die Arbeit verantwortlich gewesen wären.

Der Tätigkeitsbericht wurde hierauf einstimmig genehmigt.

V. Arbeitszeit im Eisenbahn- und Strassenverkehr.

P.Tofahrn (stellvertretender Generalsekretär) sprach einleitend über diesen Punkt und nahm Bezug auf die diesbezügliche Entschliessung. Diese Entschliessung wäre in der Sektionskonferenz der Eisenbahner und Arbeiter im Strassenverkehr leicht abgeändert worden.

Über das Problem der Arbeitszeit hätten schon viele Diskussionen stattgefunden. Obwohl alle zustimmten, dass die Einführung der 40-Stundenwoche wünschenswert sei, gäbe es viele Gründe dafür, dass sie nicht sofort und überall verwirklicht werden könnte.

Kollege A.Deakin (britische Transportarbeiter) wies darauf hin, dass die Entschliessung nicht vor dem Vorliegen des Sektionsberichtes besprochen werden könnte. Überdies stünde die vom Kollegen Vercrucyze vorgeschlagene Entschliessung im Widerspruch zu den Entscheidungen der Sektionskonferenz und müsste erst noch im Entschliessungsausschuss besprochen werden.

Der Votsitzende bedauerte, dass der Bericht der Sektion und der des Entschliessungsausschusses noch nicht vorgelegt werden könnte, aber der Arbeitsplan verlange dies. In Bezug auf die vom Kollegen Vercrucyze eingebrachte Entschliessung war er der Ansicht, dass sie nicht dem Beschluss der Sektionskonferenz widerspreche.

A. Deakin erklärte sich mit dem Vorsitzenden einverstanden, seine Beurteilung der Entschliessung des Kollegen Vercrucyze ausgenommen. Diese enthalte Punkte, über die die Meinungen auseinandergingen. Er schlage vor, sie an den Entschliessungsausschuss zurückzuverweisen.

Der Vorsitzende stimmte der Anregung des Kollegen Deakin zu, forderte aber den Kongress auf, zuerst darüber zu entscheiden, ob die in der Entschliessung des Kollegen Vercrucyze aufgeführte Entschliessung des Züricher Kongresses zu widerrufen wäre.

A.Vercrucyze (belgische Strassenbahner) stellte den Ordnungsantrag, dass seine Entschliessung nicht an den Ausschuss zurückzuverweisen sei.

Der Vorsitzende stellte den Kongress vor die Wahl, sich erneut mit der Züricher Entschliessung zu befassen oder aber mit der Entschliessung der Sektionskonferenz.

Der Kongress beschloss, auf die Züricher Entschliessung nicht zurückzukommen.

J. Geldorf (belgische Strassenbahner) wies darauf hin, dass die von Kollege Tofahrn unterbreitete Entschliessung von der Sektionskonferenz nicht einstimmig angenommen worden wäre. Sie enthalte keine Aufforderung an die I.T.F., sich für die Verwirklichung der 40-Stundenwoche einzusetzen. Der Redner erklärte seine Überraschung darüber, dass sich viele Delegierte damit abfänden. Er forderte die I.T.F. auf, sich an die übrigen Berufssekretariate und an den I.B.F.G. zu wenden, um so gemeinsam durch eine die Bestrebungen in den einzelnen Ländern unterstützende internationale Aktion die 40-Stundenwoche zu verwirklichen. Er betrachte die Entschliessung als unbefriedigend. Er bedaure, dass der Versuch seiner Delegation, sie anzubauen, abgewiesen worden wäre.

P. Tofahrn (stellvertretender Generalsekretär) erklärte, die Vorschläge der Gewerkschaft des Kollegen Geldorf wären als unbrauchbar befunden und daher nicht in die Entschliessung aufgenommen worden. Der letzte Abschnitt dürfte jedoch den Kollegen Geldorf befriedigen. Er forderte den Kongress zur Annahme der Entschliessung auf.

A. Vercruyce sprach zu einer Bemerkung des Kollegen Deakin. Wenn gesagt worden sei, dass er (Vercruyce) die britische Gewerkschaftsbewegung als reaktionär bezeichnet habe, dann beruhe dies auf einem Irrtum. Er beantrage, den Entschliessungsantrag der Sektion abzuweisen und die Züricher Entschliessung durchzuführen.

Der Entschliessungsantrag der Sektion wurde alsdann angenommen.
12 Delegierte stimmten dagegen.

(Schluss der Sitzung)

Die Arbeit wurde in den Sektionskonferenzen fortgesetzt.

FÜNFTE SITZUNG

Mittwoch, 26. Juli 1950

Der Vorsitzende teilte mit, dass die belgische Delegation infolge der politischen Entwicklung in Belgien plötzlich zurückgerufen worden sei.

FINANZBERICHT

J.F. Van Muylwyk (holländische Schiffsoffiziere) sprach über den Wunsch, das Einkommen der I.T.F. zu erhöhen. Er forderte das Exekutivkomitee auf, die Frage zu untersuchen. Seine Delegation

hätte gegen eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge nichts einzuwenden.

A.Perez (spanische Eisenbahner im Exil) berichtete über die illegale Tätigkeit der beiden der I.T.F. angeschlossenen spanischen Organisationen. Die I.T.F. hätte sie dabei finanziell unterstützt. Die psychologische Wirkung dieser Unterstützung wäre ausserordentlich gross gewesen. Dem Kongress dankte der Redner für die bewiesene Solidarität.

O.Becu (amtierender Generalsekretär) erklärte in Beantwortung der Diskussion, der Umfang der Tätigkeit der I.T.F. stehe zu den ihr zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln in direkter Beziehung. Da die Mitgliederbeiträge erst am letzten Kongress erhöht worden wären, hätte sich das Exekutivkomitee nicht berechtigt gefühlt, schon wieder eine Erhöhung vorzuschlagen. Der Vorschlag der holländischen Delegation werde aber mit Dank zur Kenntnis genommen. Er (Becu) stimme gern der Auffassung zu, dass das Exekutivkomitee sich mit der Frage der finanziellen Mittel erneut befassen und dem nächsten Kongress Bericht erstatten soll.

Zu den Ausführungen des spanischen Delegierten bemerkte O.Becu, die I.T.F. schätze sich glücklich, dass sie die spanischen Arbeiter in ihrem Kampf gegen das faschistische Regime habe unterstützen dürfen. Wie werde dies weiter tun. Er hoffe die Zeit herbei, da die Spanier wiederum in Freiheit leben dürften.

Der Kongress genehmigte einstimmig den Finanzbericht und den Bericht der Rechnungsrevisoren.

ZWEITER BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

wurde vom Berichterstatter (J.Baety) vorgelegt. Diese Ergänzungen zum ersten Bericht wurden genehmigt.

BEZIEHUNGEN ZUM I.B.F.G.

O.Becu erklärte einleitend, die Frage der Beziehungen zwischen den Internationalen Berufssekretariaten (I.B.S.) und dem Internationalen Gewerkschaftsbund vor dem Kriege, und mit dem Weltgewerkschaftsbund (W.G.B.) nach dem Kriege hätte nie eine Lösung gefunden. Glücklicherweise wäre dies nun nach der Gründung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (I.B.F.G.) anders. Diese Organisation anerkenne die I.B.S. und deren Koordinationsausschuss. Die Selbständigkeit der I.B.S. werde respektiert. Drei Bestimmungen der Satzungen des I.B.F.G. handelten von den Beziehungen zu den I.B.S. und bildeten eine Grundlage fruchtbarer Zusammenarbeit. Der Redner kam alsdann auf die Verhandlungen zu sprechen, die zu gegenseitigem Einverständnis führten. Die beiden Teile der internationalen Gewerkschaftsbewegung arbeiteten sehr eng zusammen.

Enge Zusammenarbeit stehe auch bevor in Bezug auf die Errichtung regionaler Sekretariate und regionaler gemeinsamer Büros, worüber im November verhandelt würde. Bereits hätten die I.T.F. und der I.B.F.G. die Eröffnung eines gemeinsamen Büros in New York vereinbart, das am 1. Juli seine Tätigkeit aufgenommen habe. Der Redner betonte, dass die Autonomie der I.T.F. dadurch in keiner Weise beeinträchtigt werde.

Abschliessend erklärte der Redner, er hoffe, der Kongress werde der Entschliessung über die Beziehungen zum I.B.F.G. zustimmen.

Charles Lindley (Ehrengast, Mitbegründer der I.T.F. im Jahre 1896 und ehemaliger T.T.F.-Präsident) erinnerte an den Züricher Kongress der I.T.F. vom Jahre 1946. Damals, als er das Amt des Präsidenten der I.T.F. niederlegte, wäre er pessimistisch gewesen; denn damals hätte er geglaubt, die I.T.F. würde dem W.G.B. einverleibt.

Der Redner äusserte den Wunsch, es möge so bald als möglich eine Geschichte der I.T.F. geschrieben werden und wies darauf hin, dass er der einzige noch lebende Mitbegründer der I.T.F. wäre.

A. Deakin (britische Transportarbeiter) unterstützte die Entschliessung über die Beziehungen zwischen I.B.S. und I.B.F.G.. Der glückliche Abschluss ernsthafter und eingehender Bemühungen zur Herbeiführung einer Aktionsgemeinschaft wäre damit erreicht. Der Umstand, dass der W.G.B. nicht im Stande gewesen wäre, diese Frage zu lösen, hätte zur Spaltung jener Organisation geführt. Die fruchtbare Arbeit und Erfahrung der I.B.S. bliebe dank der Vereinbarung mit dem I.B.F.G. erhalten. Der Redner sagte, das Weiterbestehen des Koordinationsausschusses der I.B.S. wäre nicht länger erwünscht. Aus Gründen der Wissenschaftlichkeit und grösserer Leistung begrüsst er die Zusammenarbeit mit dem I.B.F.G. in regionalen Angelegenheiten.

J. Döring (Ehrengast, ehemaliges Mitglied des Exekutivkomitees der I.T.F. und früherer Vorsitzender der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr in der Zeit vor Hitler) sprach über die Rolle, die seine Gewerkschaft in entscheidenden Augenblicken der I.T.F.-Geschichte gespielt hätte. Er pflichtete dem Kollegen Lindley bei, dass bald die Geschichte der I.T.F. geschrieben werden sollte.

P. de Vries (holländische Schiffsoffiziere) sprach über die Beziehungen zum I.B.F.G.. Er machte auf eine Rede des Kollegen Oldenbro aufmerksam, in der dieser gesagt haben soll, dass die I.B.S. wahrscheinlich noch für eine lange Zeit unabhängig bleiben würde. Dies gäbe zu Missverständnissen Anlass und er bitte daher um Aufklärung.

Der Redner sprach alsdann vom Interesse seiner Gewerkschaft an den Verhältnissen in rückständigen Gebieten. Die I.T.F. solle eine regionale Zweigstelle im fernen Osten errichten, wozu ihr die nötigen finanziellen Mittel gewährt werden müssten. Er hoffe, die Entschliessung über die Beziehungen zwischen I.B.S. und I.B.F.G. finde die Zustimmung des Kongresses.

I. H. Oldenbroek (Generalsekretär des I.B.F.G.) erklärte, er wäre dem Kollegen de Vries eine Erklärung schuldig. Seine Worte hätten offenbar einen falschen Eindruck hervorgerufen. Sie hätten nur

im Zusammenhang eine unverfälschte Bedeutung.

Er fügte hinzu, die Zusammenarbeit zwischen dem I.B.F.G. und dem I.B.S. könne nur erfolgreich sein, wenn die I.B.S. ihre Aufgaben voll erfüllten. Auf einige unter ihnen treffe dies nicht zu. Auf ihren eigenen Gebieten besäßen die I.B.S. dasselbe Mass an Autonomie wie der I.B.F.G. auf seinem eigenen Gebiet, und dies wäre die richtige Grundlage zur Zusammenarbeit.

O.Becu gab seiner Überzeugung Ausdruck, dass der Kongress den hervorragenden Beitrag der beiden Pioniere der I.T.F., Kollegen Lindley und Döring wertschätze. Er sprach ihnen wärmsten Dank aus für ihre Mitarbeit beim Aufbau dieser grossen Organisation. Was die Schreibung einer Geschichte der I.T.F. anbetreffe, auf die sich beide bezogen hätten, so bestehe dazu die Absicht.

Mit Bezug auf die Ausführungen des Kollegen Deakin über die Auflösung des Koordinierungsausschusses der I.B.S. wies der Redner darauf hin, dass die Bildung dieses Ausschusses im März 1948 erfolgte, also in einem Zeitpunkt, da der W.G.B. immer noch die einzige bestehende Internationale gewesen wäre. Damals hätte die Stellung der I.B.S. eine Abklärung erfahren. Der Koordinationsausschuss führe seine Tätigkeit in Verhandlungen mit dem I.B.F.G. weiter. Die I.T.F. hätte die Bildung des Ausschusses befürwortet. Auch Kollege Oldenbroek hätte auf einer Sitzung des Exekutivkomitees der I.T.F. vor einigen Monaten erklärt, dass auch vom Gesichtspunkt des I.B.F.G. aus der Koordinationsausschuss ein geeignetes Instrument für Verhandlungen wäre. Das Exekutivkomitee werde voraussichtlich auf dem nächsten Kongress eine Auffassung über den von Kollege Deakin erwähnten Punkt unterbreiten.

Mit Bezug auf die von dem Kollegen Oldenbroek an Kollege de Vries abgegebene Erklärung bemerkte der Redner, dass ersterem das Protokoll nicht unterbreitet worden wäre. Seine Erklärung wäre daher zur Kenntnis zu nehmen.

Der Kongress nahm daraufhin die Entschliessung über die Beziehungen zum I.B.F.G. einstimmig an.

BERICHT DES SATZUNGS- UND WAHLAUSSCHUSSES.

P.de Vries (Vorsitzender des Ausschusses) legte den Bericht vor und sprach dabei von der doppelten Aufgabe des Ausschusses. Er bezog sich auch auf die Vorschläge in Bezug auf die Zusammenfassung der Länder zu Gruppen zum Zwecke der Wahl der Mitglieder des Generalrates. Die Vorschläge zielten darauf ab, eine angemessene Vertretung der Länder und Ländergruppen im Generalrat zu sichern. Er erklärte auch die finanziellen Zusammenhänge und ihre vorgesehene Regelung.

Der Kongress genehmigte alsdann einstimmig den Bericht des Satzungs- und Wahlausschusses.

(Ende der Sitzung)

Die Beratungen wurden in den Sektionskonferenzen fortgesetzt.

(Am Donnerstag, den 27. Juli fand ein Ausflug an den Bodensee statt)

VI. VOLLSITZUNG

Freitag, 28. Juli 1950

Der Vorsitzende forderte den Kongress auf, den Satzungsausschuss, der während des Kongresses unter dem Vorsitz von Kollege de Vries getagt hatte, in seiner Gesamtheit als Satzungsrevisions-Ausschuss zu bestellen.

Der Kongress erklärte sich damit einverstanden.

BERICHT DES ENTSCHLIESSUNGS-AUSSCHUSSES

I. Haugen (Vorsitzender des Ausschusses) beantragte Annahme des Berichtes.

P. Ferri-Pisani (französische Seeleute) sprach zur Entschliessung über den Krieg in Korea. Die Annahme einer derartigen Entschliessung dränge sich auf. Die I.T.F. müsse klar Stellung beziehen; sie dürfe sich ihrer Verantwortung nicht entziehen.

R. Freund (österreichische Eisenbahner) gab die Erklärung ab, dass die österreichische Delegation sich der Stimme enthalten werde.

H. Blomgren (schwedische Eisenbahner) schlug mehrere Abänderungen am Wortlaut der Entschliessung vor.

N. Wälleri (finnische Seeleute) protestierte dagegen, dass sich die I.T.F. mit Politik und sogar Machtpolitik befasse. Die I.T.F. sollte ihre Tätigkeit auf berufliche Fragen beschränken. Die finnische Delegation werde gegen die Entschliessung stimmen.

J. B. Figgins (britische Eisenbahner) erklärte sein Bedauern darüber, dass diese Entschliessung dem Kongress unterbreitet worden wäre. Die Initiative dazu könne nicht von einer einzelnen Delegation ausgegangen sein, denn bisher habe keine Gewerkschaft zur Korea-Frage Stellung bezogen. Die britischen Eisenbahner würden sich gleich ihrer österreichischen Freunde der Stimme enthalten. Sie würden es aber vorziehen, wenn der Antrag zurückgezogen würde.

R. Bodeau (französische Eisenbahner) erklärte, auch seine Gewerkschaft könne der Entschliessung nicht zustimmen. Die Gewerkschaftsbewegung sollte den Kampf für die Demokratie auf sozialem Gebiet führen. Alsdann machte er einen Abänderungsvorschlag. Falls er nicht angenommen werde, sehe sich seine Delegation veranlasst, sich der Stimme zu enthalten.

A. Deakin (britische Transportarbeiter) sagte, es gäbe kein friedliebenderes Volk als das der Engländer. Das britische Volk aber stehe geschlossen hinter den Vereinten Nationen. Die I.T.F. habe

Fortsetzung Seite 187

die Pflicht, sich gegen Agression zu wenden. Zu den Ausführungen des Kollegen Figgins erklärte Deakin, die Entschliessung wäre von der französischen und der italienischen Delegation ausgegangen. Er könne nicht schweigen, wo es um entscheidende Dinge geht. Britische Gewerkschaftsorgane hätten sich für wirksamen Widerstand gegen Agression, wie sie in Korea vorliege, ausgesprochen. Der Redner wandte sich gegen eine Politik der Bewahrung des Friedens um jeden Preis. Die Verpflichtung zur Entsendung militärischer Hilfe könne nicht umgangen werden. Er schlage vor, die Entschliessung grundsätzlich gutzuheißen, wonach noch der Text bereinigt werden könnte.

Der Vorsitzende unterbreitete den Vorschlag des Kollegen Deakin als Ordnungsantrag. Die Entschliessung wäre an den Entschliessungsausschuss zurückzuverweisen zur Bereinigung.

A.Deakin schlug vor, dass der Kongress die Entschliessung vor der Überweisung an den Ausschuss grundsätzlich annehmen sollte.

Der Kongress stimmte alsdann der Entschliessung grundsätzlich zu bei 18 Enthaltungen.

Die Entschliessung über den Waffentransport wurde vorgelegt vom Kollegen Hildebrandt, der erklärte, die Entschliessung diene der Sache der Freiheit und des Friedens und stelle die Aufgaben der I.T.F. fest.

Die Entschliessung wurde angenommen bei zwei Enthaltungen.

ANTRÄGE ANGESCHLOSSENER ORGANISATIONEN

I.Haugen (Vorsitzender des Entschliessungsausschusses) beantragte die Annahme der Empfehlungen des Exekutivkomitees der I.T.F.. Der Ausschuss schlage eine neue Fassung der Entschliessung über die japanische Wirtschaft vor.

Ch.Carissiades (griechische Eisenbahner) sprach zur Entschliessung über die Arbeitszeit auf den griechischen Eisenbahnen. Der 8-Stundentag wäre noch nicht eingeführt. Von der Annahme einer Entschliessung durch die I.T.F. versprache er sich mehr Erfolg als von Schritten diplomatischer Natur.

Die Anträge des Exekutivkomitees zu den Anträgen der angeschlossenen Verbände und der neue Text der Entschliessung über Japan wurden genehmigt.

I.Haugen (Vorsitzender des Entschliessungsausschusses) empfahl die Entschliessung über den europäischen Wiederaufbau zur Annahme.

Dies geschah einstimmig.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde die Besprechung weiterer Entschliessungen verschoben.

WAHL DER MITGLIEDER DES GENERALRATS

P.Tofahrn (stellvertretender Generalsekretär) gab die Namen der vorgeschlagenen Kollegen bekannt. Nur die Sitze für Frankreich und Italien bedürften einer Abstimmung.

Zusammensetzung des Generalrats

<u>Länder und Ländergruppen:</u>	<u>Mitglieder:</u>	<u>Sektion:</u>
<u>Australien:</u>	noch nicht ernannt	
<u>Dänemark/Irland/Finnland/ Norwegen:</u>	E.Borg I.Haugen G.Widing	Transportarbeiter Seeleute Lokpersonal
	<u>Ersatzleute:</u> L.Olsen Th.Laursen J.K.F.Jensen	Transportarbeiter Seeleute Eisenbahner
<u>Deutschland:</u>	A.Kummernuss H.Jahn K.Klus A.Dienst	Transportarbeiter Eisenbahner Eisenbahner Transportarbeiter
	<u>Ersatzleute:</u> J.Hatje F.Schreiber G.Huber H.Hildebrandt	Eisenbahner Eisenbahner Transportarbeiter Seeleute u. Hafenarbeiter
<u>Frankreich:</u>	P.Ferri-Pisani	Seeleute
	<u>Ersatzmann:</u> A.Lafond	Eisenbahner
<u>Griechenland:</u>	C.Carissiades	Eisenbahner
	<u>Ersatzmann:</u> P.Kalapothis	Seeleute
<u>Indien:</u>	noch nicht ernannt	
<u>Italien:</u>	U.Romagnoli	Seeleute
	<u>Ersatzmann:</u> E.Pellegrino	Eisenbahner
<u>Japan:</u>	T.Nishimaki	Seeleute
	<u>Ersatzmann:</u> E.Kato	Eisenbahner
<u>Kanada:</u>	noch nicht ernannt	
<u>Lateinamerika:</u>	2 Vertreter noch nicht ernannt	
<u>Naher und Mittlerer Osten</u>	noch nicht ernannt	

<u>Länder und Ländergruppen:</u>	<u>Mitglieder:</u>	<u>Sektion:</u>
<u>Oesterreich/Schweiz/Saar:</u>	K.Weigl R.Bratschi E.Welter	Transportarbeiter Eisenbahner Eisenbahner
	<u>Ersatzleute:</u> A.Thaler H.Leuenberger F.Übeleis	Eisenbahner Transportarbeiter Eisenbahner
<u>Pakistan/Ceylon/Hongkong/ Singapur:</u>	Faiz Ahmed <u>Ersatzmann:</u> noch nicht ernannt	
<u>Schweden:</u>	H.Blomgren <u>Ersatzmann:</u> R.Helgesson	Eisenbahner Transportarbeiter
<u>Spanien:</u>	T.Gómez <u>Ersatzmann:</u> A.Pérez	Transportarbeiter u.Eisenbahner Transportarbeiter u.Eisenbahner
<u>U.S.A.:</u>	A.E.Lyon H.Lundeberg J.P.Ryan D.L.Behnke <u>Ersatzleute:</u> noch nicht ernannt	Eisenbahner Seeleute Hafenarbeiter Flugzeugführer

J. Baty legte den dritten Bericht der Mandatsprüfungskommission vor; der Bericht wurde genehmigt.

WEITERE ENTSCHLIESSUNGEN

Folgende Entschliessungen (Wortlaut siehe Anhang) wurden nach kurzer Aussprache angenommen:

Aufruf an die Arbeiter hinter dem Eisernen Vorhang,
Entschliessung über die Diktaturen,
Entschliessung über die freie Gewerkschaftsbewegung
in Frankreich und Italien,
Entschliessung über die Berliner Eisenbahner,
Entschliessung über die Deutsche Bundesbahn.

AUSSCHLUSS DREIER GEWERKSCHAFTEN

P.Tofahrn (stellvertretender Generalsekretär) unterbreitete im Auftrag des Exekutivkomitees drei Entschliessungen über den Ausschluss des Kanadischen Seeleuteverbandes, der Neuseeländischen Hafnarbeitergewerkschaft und des Finnischen Transportarbeiterverbandes. Die drei Gewerkschaften wären dem kommunistischen Weltgewerkschaftsbund angeschlossen. Die Mitgliedschaft beim W.G.W. wäre mit der Zugehörigkeit zur I.T.F. unvereinbar, weshalb das Exekutivkomitee den Ausschluss der drei Gewerkschaften beantragen müsse. Nur eine Gewerkschaft hätte Einsprache erhoben, die des dänischen Lokpersonals, die auf dem Kongress nicht vertreten wäre.

Der Kongress stimmte den vorgelegten Entschliessungen und damit dem Ausschluss des Kanadischen Seeleuteverbandes, der Neuseeländischen Hafnarbeitergewerkschaft und des Finnischen Transportarbeiter-Verbandes zu.

WAHL DES GESCHÄFTSFÜHRENDEN AUSSCHUSSES

Der Vorsitzende schlug die Kollegen Tennant, Baty, Thorneycroft, und Yates zu Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses vor. Die vier Kollegen wurden gewählt.

WAHL DES EXEKUTIVKOMITEES

P.Tofahrn (stellvertretender Generalsekretär) gab bekannt, dass folgende Vorschläge eingereicht wurden:

Bratschi (Schweiz), Deakin (Grossbritannien), Ferri-Pisani (Frankreich), Gómez (Spanien), Haugen (Norwegen), Jahn (Deutschland), Kummernuss (Deutschland), Lyon (U.S.A.), und Joustra (Niederlande).

Da nach den Satzungen der I.T.F. die Zahl der Sitze im Exekutivkomitee 8 beträgt und überdies aus einem einzelnen Lande nur ein Vertreter gewählt werden kann, war im Falle Deutschlands eine Wahl notwendig.

Kollege Hans Jahn (Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands) wurde zum Mitglied des Exekutivkomitees für Deutschland gewählt.

ENTSCHLIESSUNG ÜBER DEN KRIEG IN KOREA

Ferri-Pisani (Berichterstatter) legte im Auftrage des Entschliessungsausschusses die bereinigte Fassung der Entschliessung über den Krieg in Korea vor.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass die Entschliessung bereits grundsätzlich angenommen wäre. Die Aussprache könne sich daher nur mit den Abänderungen befassen.

R.Clerc (französische Eisenbahner) erklärte, seine Delegation könne der Entschliessung nun zustimmen.

Die Entschliessung wurde bei 2 Gegenstimmen und 22 Enthaltungen angenommen.

WAHL DES GENERALSEKRETÄRS UND DES STELLVERTRETENDEN GENERALSEKRETÄRS

G.Joustra (Mitglied des Exekutivkomitees) nahm Bezug auf den Rücktritt des Kollegen J.H.Oldenbroek, der zum Generalsekretär des neuen internationalen Bundes Freier Gewerkschaften gewählt worden war. Im Einverständnis mit Kollege P.Tofahrn, dem stellvertretenden Generalsekretär, hätte das Exekutivkomitee im Februar den damaligen Präsidenten der I.T.F. zur Leitung der I.T.F. als amtierender Generalsekretär berufen. Kollege Becu hätte sein Amt zur vollen Zufriedenheit des Exekutivkomitees erfüllt. Er schlage ihm zur Wahl als Generalsekretär der I.T.F. vor.

Kollege Omer BECU wurde einstimmig und unter lebhaften Beifall zum Generalsekretär der I.T.F. gewählt.

O.Becu dankte dem Kongress herzlich für das ihm entgegengebrachte Vertrauen. Er wäre mit der I.T.F. während 20 Jahren verbunden gewesen, ohne dass er je gedacht hätte, dass ihm einmal diese Aufgabe zufallen würde. Einer so großen Organisation zu dienen, wäre eine grosse, mit viel Verantwortung verbundene Aufgabe. Er betrachte sich nicht als seinen Vorläufern Edi Fimmen und J.H.Oldenbroek ebenbürtig. Er würde sich bemühen, in deren Geist die Arbeit fortzusetzen. Er erwarte Beistand und Hilfe von allen Gewerkschaften. Wenn die grossen Organisationen dazu vielleicht besser in der Lage wären, so bekenne die I.T.F. sich doch zu dem Grundsatz, dass die kleinen Organisationen ebenso sehr zu schätzen und zu beachten wären wie die grossen.

Der Vorsitzende beglückwünschte Kollege O.Becu zu seiner Wahl. Alsdann schlug er vor, Kollege P.Tofahrn als stellvertretenden Generalsekretär mit Dank zu bestätigen.

Kollege Paul TOFAHRN wurde unter anhaltendem Beifall als Stellvertretender Generalsekretär der I.T.F. bestätigt.

P.Tofahrn dankte dem Kongress für seine Wahl. Er würde der I.T.F. an der Seite des Generalsekretärs weiterhin nach besten Kräften dienen.

Der Vorsitzende begrückwünschte auch Kollege P.Tofahrn zu seiner Wahl.

Nach einem Dank an die Kollegen, die aus dem Generalrat und dem Exekutivkomitee ausgeschieden sind, und einem Willkommensgruss an die neuen Mitglieder dieser Organe, ausgesprochen vom Vorsitzenden, vertagte sich der Kongress.

SIEBENTE VOLLSITZUNG

(Samstag, 29. Juli 1950)

R. Tuori (finnische Eisenbahner) wünschte eine Erklärung zu der am Vortage angenommenen Entschliessung über den Krieg in Korea abzugeben. Die finnischen Delegierten hätten sich der Stimme enthalten, weil sie sich der Politik fernhielten.

RECHNUNGSPRÜFUNGS-AUSSCHUSS

Der Vorsitzende schlug die bisherigen Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses zur Wiederwahl vor. Die Kollegen J. Haworth und W. T. Potter wurden einstimmig wiedergewählt.

SITZ DER I. T. F.

Es wurde einstimmig beschlossen, den Sitz der I. T. F. in London zu belassen.

ÜBER DIE BERICHTE SEKTIONSKONFERENZEN

P. Tofahrn (stellvertretender Generalsekretär) unterbreitete die Berichte der Sektionen der Eisenbahner und Arbeiter im Strassenverkehr, die einstimmig genehmigt wurden.

T. Yates (britische Seeleute) legte den Bericht der Seeleute-sektion vor. Er teilte mit, dass die vorbereitenden Arbeiten zur Durchführung des Amsterdamer Beschlusses über unlautere Flaggenwechsel nun abgeschlossen wären. Der bereits gefasste Beschluss, die argentinischen Schiffe zu boykottieren, wäre von der Sektion bestätigt worden.

Der Bericht wurde einstimmig genehmigt.

A. Deakin (britische Transportarbeiter) legte den Bericht der Hafenarbeitersektion vor. Die Aktionsausschüsse würden ihre Tätigkeit fortsetzen. Was den Boykott argentinischer Schiffe anbelange, so sei die britische Delegation infolge bestimmter Schwierigkeiten nicht in der Lage, Streiks auszulösen. Alle übrigen Massnahmen wurden jedoch ergriffen.

H. Hildebrandt (Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptfachabteilung Seeschifffahrt und Häfen) brachte dem Kongress zur Kenntnis, dass am Vortage in Hamburg Strafanzeige erstattet wurde gegen die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr. Die Arbeitgeber versuchten, die Gewerkschaft für aus dem Boykott entstehende wirtschaftliche Schäden

haftbar zu machen. Am 5. August würde ein weiteres argentinisches Schiff im Hamburger Hafen erwartet und von allen Seiten werde auf die Gewerkschaft eingewirkt, um sie zur Aufgabe ihrer Haltung zu veranlassen. Kollege Kummernuss hätte ihn ermächtigt, vor dem Kongress die Erklärung abzugeben, dass die deutschen Gewerkschaften auf ihrem Entschluss, argentinische Schiffe nicht zu bedienen, beharren würden.

O. Becu (Generalsekretär) erklärte, nach den letzten eingegangenen Berichten gehe der am 18. Mai ausgerufene Streik der argentinischen Seeleute und Hafendarbeiter mit unverminderter Stärke weiter, trotz dem er nun schon 61 Tage andauert hätte. Die streikenden Gewerkschafter wären nach wie vor entschlossen, der argentinischen Regierung Widerstand zu leisten. Kollege Becu gab dem Kongress alsdann Kenntnis von einem Telegramm der Hafendarbeiter-Gewerkschaft in Antwerpen, in dem erklärt wurde, dass ein in jenem Hafen liegendes argentinisches Schiff, die "Rio Gualaguay" nicht bearbeitet würde.

Der Vorsitzende schlug vor, ein Sympathietelegramm an die streikenden argentinischen Kollegen zu senden. Dieser Vorschlag wurde unter lautem Beifall angenommen.

Der Bericht wurde einstimmig genehmigt.

P. McHugh (Seeleute, U.S.A.) legte den Bericht der Seefischer-Sektion vor. Er stellte mit Bedauern fest, dass die Arbeiterschaft von den Regierungen nur selten zu Seefischerei-Konferenzen zugezogen würden.

H. Kageyama (japanische Seeleute) wünschte die Aufnahme seiner Erklärung, dass Japan der Fischfang als unerlässliches Element der japanischen Wirtschaft gestattet werden sollte, in den Bericht über die Sektionskonferenz.

McHugh (Seeleute, U.S.A.) erklärte, es hätten keine bestimmten Auskünfte vorgelegen. Man wäre sich darin einig, dass die wirtschaftliche Gesundheit Japans gefördert werden müsse. Es bestehe die Gefahr, dass Japan den amerikanischen Markt mit billigem Fisch überschwemme, was auf die amerikanischen Seefischer schädigende Rückwirkungen haben würde.

H. Kageyama (japanische Seeleute) gab die Versicherung ab, dass Japan kein Dumping beabsichtige. Japan müsse aber exportieren, um im Austausch industrielle Rohstoffe einführen zu können.

O. Becu (Generalsekretär) schlug vor, dem Wunsch des Kollegen Kageyama zu entsprechen und dessen Erklärung in den Bericht über die Sektionskonferenz aufzunehmen.

McHugh (Seeleute, U.S.A.) erklärte sich damit einverstanden.

Der Bericht wurde alsdann einstimmig angenommen.

BERICHT ÜBER DIE KONFERENZ DER BINNENSCHIFFER-SEKTION

A.Dienst (Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptfachabteilung Binnenschifffahrt) drückte der I.T.F. und ihrem nun zurückgetretenen Generalsekretär Oldenbroek den Dank aus für die auf dem Gebiete der Rheinschifffahrt geleistete erfolgreiche Arbeit.

Der Bericht wurde genehmigt.

D.S.Tennant unterbreitete den Bericht der Sektion Zivilluftfahrt, der einstimmig genehmigt wurde.

O.Becu brachte dem Kongress zur Kenntnis, dass ein Telegramm der in ihr Land zurückgerufenen belgischen Kollegen vom Transportarbeiterverband eingetroffen wäre.

Es wurde beschlossen, den belgischen Kollegen ein Sympathietelegramm zu senden.

Damit war die Tagesordnung erschöpft.

E.A.Lyon (Eisenbahner, U.S.A.) dankte im Namen des Kongresses den deutschen Kollegen und insbesondere den Vorsitzenden der beiden I.T.F.-Gewerkschaften in Deutschland, den Kollegen Kummernuss und Jahn, für die bewiesene Gastfreundschaft und die ausgezeichnete Organisation des Kongresses.

J.Brautigam (Ehrengast) drückte im Namen der Veteranen den Stolz darüber aus, dass die I.T.F. an Größe und Bedeutung weiter wachse. Er hätte sich gefreut, am Kongress teilnehmen zu können.

Der Vorsitzende dankte den Kongressteilnehmern und dem Sekretariat für die während des Kongresses geleistete große Arbeit. Der Kongress hätte manchen Beschluss von weitreichender Bedeutung gefasst.

O.Becu (Generalsekretär) gab bekannt, dass der Vorsitzende, Kollege Robert Bratschi, auf der am Vortage abgehaltenen Generalrats-sitzung einstimmig zum Präsidenten der I.T.F. gewählt wurde. Diese Erklärung wurde mit Beifall aufgenommen.

A.Deakin dankte dem Vorsitzenden für die umsichtige Leitung des Kongresses.

Dem Vorsitzenden wurde anhaltender Applaus zuteil.

Der Vorsitzende dankte und erklärte den Kongress als beendet.

A N H A N G

ZUR KONGRESS-SONDERNUMMER DES PRESSEBERICHTES VOM 31. JULI 1950

ENTSCHLIESSUNGEN

=====

- 1) Entschliessung über die Deutsche Bundesbahn
- 2) Entschliessung über die Berliner Eisenbahner
- 3) Entschliessung über den Krieg in Korea
- 4) Das Europäische Hilfsprogramm durch die Europäische Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit
- 5) Entschliessung über die Diktaturen
- 6) Aufruf an die Arbeiter hinter dem Eisernen Vorhang
- 7) Entschliessung über die Beziehungen zum I.B.F.G.
- 8) Entschliessung über die griechischen Kinder
- 9) Entschliessung über die Arbeitszeit im Eisenbahn- und Strassenverkehr
- 10) Entschliessung über die Arbeitszeit auf den griechischen Eisenbahnen
- 11) Entschliessung über die freie Gewerkschaftsbewegung in Frankreich und Italien
- 12) Entschliessung über Arbeitervertretung auf internationalen Seefischerei-Konferenzen
- 13) Entschliessung über das internationale Sozialprogramm für Seefischer
- 14) Entschliessung über die japanische Wirtschaft
- 15) Entschliessung über die asiatischen Seeleute
- 16) Entschliessung über die Zusammensetzung von Flugzeugbesatzungen
- 17) Entschliessung über die Mitführung des 500 kc/s - Gerätes
- 18) Entschliessung über den Ausschluss des Kanadischen Seeleuteverbandes
- 19) Entschliessung über den Ausschluss der Neuseeländischen Hafnarbeitergewerkschaft
- 20) Entschliessung über den Ausschluss des Finnischen Transportarbeiterverbandes

Entschliessungen der Seeleute-Konferenz

- 21) Entschliessung über regionale Normen für Heuern und Arbeitsbedingungen
- 22) Entschliessung über die Festlegung regionaler Frachtsätze
- 23) Entschliessung über eine regionale Seefahrts-Konferenz

Entschliessung der Hafenarbeiter-Konferenz vom 14. Juli in London

- 24) über den Boykott argentinischer Schiffe (von sämtlichen Organen der I.T.F. bestätigt).
- 25) Entschliessung über die Beförderung von Waffen
- 26) Delegierten-Liste

1) ENTSCHLIESSUNG ÜBER DIE DEUTSCHE BUNDESBahn

Der vom 21. bis 29. Juli 1950 in Stuttgart tagende Kongress der I.T.F. ist der Auffassung, dass der Wiederaufbau Europas nur durch einen umfassenden Einsatz von Arbeitskräften gesichert werden kann, und wendet sich deshalb entschieden gegen jede Maßnahme, die darauf hinausläuft, eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu bewirken.

Der Kongress begrüsst die Initiative der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands für den Wiederaufbau der Deutschen Bundesbahn und schliesst sich der Auffassung der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands an.

Der Kongress nimmt ferner zur Kenntnis, dass die Besatzungsmacht gegenwärtig einen Bericht über die Deutsche Bundesbahn prüft, in welchem die Entlassung von 80.000 Eisenbahnern empfohlen wird.

Eine derartige Massnahme hätte katastrophale politische Auswirkungen und wäre der Sache der Demokratie in Deutschland abträglich. Der Kongress verlangt daher die sofortige Aufnahme von Verhandlungen zwischen den Stellen der Besatzungsmacht, die mit der Reorganisierung der Deutschen Bundesbahn beauftragt sind, und der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands zum Zwecke des Abschlusses einer gerechten und gütlichen Vereinbarung.

2) ENTSCHLIESSUNG ÜBER DIE BERLINER EISENBÄHNER

Der 21. Kongress der I.T.F. nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, dass trotz getroffener schriftlicher Vereinbarungen und Zusicherungen seitens der Sowjetischen Militär-Administration der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und der Eisenbahndirektion Berlin, wonach gegen am Berliner Eisenbahnerstreik 1949 beteiligte Eisenbahner keine Repressalien ergriffen werden sollten, bis jetzt über 4.000 Westberliner Eisenbahner zur Entlassung gekommen sind und weitere Entlassungen angedroht werden.

Der Kongress fordert, dass die vom Vorstand der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands eingeleiteten Verhandlungen mit dem Magistrat Berlin, der Bundesregierung in Bonn und den Hohen Kommissaren baldigst zur Erfüllung der berechtigten Forderungen der Westberliner Eisenbahner geführt werden.

3) ENTSCHLIESSUNG ÜBER DEN KRIEG IN KOREA

Die fortschreitende Aggression der nordkoreanischen Kommunisten gegen das friedliche Volk Südkoreas gefährdet den Weltfrieden.

Kominform und Weltgewerkschaftsbund (W.G.B.) bedienen sich einer Marionettenregierung, um durch eine Angriffshandlung als Vorspiel zu weiterer Aggression wieder eine Nation zu unterwerfen.

Die Vereinten Nationen haben diese offene Angriffshandlung verurteilt und die nordkoreanische Marionettenregierung zur Einstellung des Feuers und zur Zurückziehung ihrer Streitkräfte hinter den 38. Breitengrad aufgefordert. Sie haben die freien Nationen der Welt um Entsendung von Truppen ersucht, um der Aggression mit Waffengewalt Einhalt zu gebieten und den Frieden wiederherzustellen.

Gemäß den Beschlüssen der Vereinten Nationen, denen 52 Mitgliedsstaaten zugestimmt haben, kämpfen bewaffnete Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft in vorderster Linie für die Verteidigung von Freiheit und Frieden in der Welt.

In der Missachtung dieser Beschlüsse versuchen die Kommunisten in aller Welt mit Hilfe der Kominform und des W.G.B. mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, die aussenpolitischen Ziele und militärischen Pläne der Sowjetunion zu verwirklichen. Gleichzeitig organisiert die Kominform auf militärischer Grundlage eine fünfte Kolonne in der demokratischen Welt, um die Bemühungen um den Frieden und den Widerstand gegen die Aggression zu hintertreiben.

Der vom 21. - 29 Juli 1950 in Stuttgart tagende 21. Kongress der Internationalen Transportarbeiter-Föderation klagt das nordkoreanische kommunistische Regime und dessen diktatorischen Herrn und Meister des Angriffs gegen das Volk Südkoreas und gegen die Völker der ganzen Welt an.

Der Kongress unterstützt den Beschluss der Vereinten Nationen, dem Angriff in Korea Widerstand zu leisten.

Er gelobt Hilfe und Beistand für die unter unzähligen Schwierigkeiten für Freiheit und Demokratie kämpfenden Truppen und fordert die Mitglieder der I.T.F. auf, sich mit allen Kräften einzusetzen, um die Verladung und Beförderung von Waffen zur kämpfenden Front sicherzustellen.

Er verurteilt die Bestrebungen der Kominform und des W.G.B., die darauf abzielen, die Herstellung und Beförderung des Material dessen die Streitkräfte der Vereinten Nationen bedürfen, zu sabotieren. Die I.T.F. verpflichtet sich, diese Machenschaften aufzudecken und zu bekämpfen.

Der Kongress erklärt die Bereitschaft der I.T.F., sich an einer kraftvollen Offensive gegen die verlogenen Stockholmer Friedensparolen der Kominform und des W.G.B. zu beteiligen, die unter dem Deckmantel der Propaganda gegen die Atombombe bewaffnete Aggression verschleiern und verteidigen sollen.

4) ENTSCHLIESSUNG ÜBER DAS EUROPÄISCHE HILFSPROGRAMM DURCH DIE EUROPÄISCHE ORGANISATION FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT

Der Kongress der 21. Internationalen Transportarbeiter-Föderation dankt dem Volke und insbesondere den Arbeitern der Vereinigten Staaten für die Hilfe zum wirtschaftlichen Wiederaufbau.

Er würdigt die Anstrengungen der europäischen Regierungen, die europäische Selbsthilfe zu organisieren, erklärt aber auch, dass im Hinblick auf das Aufhören der amerikanischen Hilfe im Jahre 1952 weitere Massnahmen dringend notwendig sind, wenn bis dahin Unabhängigkeit von dieser Hilfe erreicht werden soll.

Der Kongress unterstreicht, dass es zu diesem Zwecke notwendig ist, das Gleichgewicht im Handel mit der übrigen Welt herzustellen und Europa zu befähigen, der ideologischen Durchdringung und einem möglichen Angriff der UDSSR zu widerstehen.

Der Kongress bedauert, dass bisher noch kein gemeinsamer Plan besteht, der auf diese Ziele und gleichzeitig auf die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit gerichtet ist.

Der Kongress fordert für die Gewerkschaften das Recht der direkten Vertretung in den europäischen Organisationen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit, um diese Ziele fördern zu können.

Er ruft die Mitglieder der I.T.F. auf, unermüdlich zu wirken und die öffentliche Meinung, die Parlamente und Regierungen von der Notwendigkeit zu überzeugen, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Völkern Westeuropas zu erweitern und zu vertiefen und sie zu befähigen, sich als freie und demokratische Gemeinwesen zu behaupten.

Der Kongress appelliert an die den europäischen Organisationen für wirtschaftliche Zusammenarbeit angeschlossenen Regierungen Westeuropas, alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um alle Differenzursachen zu beseitigen, gleich, ob diese mit privaten Belangen oder Begriffen der Nationalen Souveränität zusammenhängen, so dass Einigung über eine auf diese Ziele gerichtete Politik erreicht werden kann.

5) ENTSCHLIESSUNG ÜBER DIE DIKTATUREN

Die Wahrung der Menschenrechte und die Aufrechterhaltung des Friedens sind die notwendigen Voraussetzungen jedes sozialen Fortschritts und müssen deshalb die höchste Besorgnis aller Werktätigen sein, sowie auch ihrer nationalen und internationalen Gewerkschaftsorganisationen.

Alle Diktaturen und totalitären Regierungen nehmen aus innerer Notwendigkeit heraus Zuflucht zu den schlimmsten Gewalttaten, um den Geist des Volkes zu beherrschen und zu unterjochen.

Diktatur ist mit der Freiheit des Denkens, der Meinungsäusserung, der Bewegung, des gesellschaftlichen Verkehrs und des Handelns unvereinbar.

Die Gewaltakten der Diktatoren gegen vermeintliche oder wirkliche Gegner nehmen alle erdenklichen Formen an: Einschüchterung, kurz- oder langfristige Gefängnisstrafen, Trennung von der Familie, Versklavung in Zwangsarbeitslagern, Hinrichtung nach scheinhafter gerichtlicher Aburteilung, Folterung und langsames Zutodequälen in Folter- und Ausrottungsanstalten.

Die Unterwerfung eines Volkes unter eine Diktatur hat immer die Vernichtung oder vollständige Verfälschung der Gewerkschaften als Diener des sozialen Fortschritts zur Folge und bringt immer eine mehr- oder weniger verschleierte Versklavung der Arbeiter mit sich.

Die Erhaltung des Friedens hängt von dem erfolgreichen Wirken von weltumfassenden Organisationen ab, deren Aufgabe die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit ist. Solange die Beziehungen zwischen menschlichen Gemeinschaften nicht durch Gesetze und Institutionen geregelt sind, die auf der Gerechtigkeit fussen, wird die Kriegsgefahr weiter bestehen.

Die Kriegsgefahr ist mit dem Bestehen von Diktaturen verbunden, weil diese den von ihnen regierten Völkern keine Verantwortung ablegen, auf der Ungerechtigkeit begründet sind, keinem Gebot des Rechts gehorchen, sondern sich auf Macht und Gewalt verlassen und alle freien Völker mit Unterjochung bedrohen durch ideologische Durchdringung, innere Staatsumwälzung und bewaffneten Überfall.

Folglich proklamiert der Kongress die unerschütterliche Feindseligkeit der Transportarbeiter gegenüber allen Diktaturen und gibt sie dem Abscheu aller Arbeiter der Welt preis.

Den demokratischen Regierungen führt der Kongress die moralische Notwendigkeit vor Augen, ihren Verkehr mit den Diktaturregierungen auf das absolut Unvermeidliche zu beschränken und sich jeder anderen Handlung zu enthalten, die geeignet wäre, die ideologische oder politische Macht der Diktatur über die von ihnen beherrschten Völker zu verstärken. Sie müssen ihren Friedenswillen beweisen, durch aufrichtiges und wirksames Streben in allen Teilen der Welt, die ihrer Autorität unterstehen.

6) AUFRUF AN DIE ARBEITER HINTER DEM EISERNEN VORHANG

Der vom 21. - 29. Juli 1950 in Stuttgart tagende 21. Kongress der Internationalen Transportarbeiter-Föderation stellt fest, dass die Herrschaft der Sowjets über Zentral- und Osteuropa den Untergang der freien Gewerkschaftsbewegung herbeigeführt hat.

Die Arbeiter dieser Länder wurden erbarmungslos ihrer Grundrechte der Vereinigungsfreiheit, des Rechts zu Kollektivverhandlungen und des Streikrechts beraubt. Die Gewerkschaften wurden in den Staatsapparat einbezogen und sind nun nichts anderes als Zweigstellen der Regierung.

Man hat die Arbeiter in eine totalitäre Wirtschaft eingegliedert, die auf dem System der Zwangsarbeit und der Polizeiaufsicht beruht, und deren Ziel die schliessliche Militarisierung der gesamten Bevölkerung ist. Das der Produktionssteigerung dienende Stachanow-System, das den Völkern der Satellitenstaaten von den sowjetischen Machthabern aufgezwungen wurde, hat zu einer Ausbeutung der Arbeiter geführt, die unmenschliche Formen angenommen hat. Diese tragische Entwicklung veranlasst den I.T.F.-Kongress

getreu seines steten Eintretens für Menschlichkeit und seiner im vergangenen Krieg gegen den Nazismus unter Beweis gestellten Hingabe an die Ideale der Freiheit, seine Stimme im Namen aller Arbeiter und Gewerkschafter hinter dem Eisernen Vorhang zu erheben, die nicht für sich selbst sprechen können.

Der Kongress gelobt, unaufhörlich vor dem Weltgewissen blosszulegen, was unter der Sowjetscherrschaft geschieht.

Der Kongress gelobt ferner, den versklavten Brüdern jede ihm mögliche Hilfe angedeihen zu lassen, damit die Flamme der Freiheit weiterleuchte, bis die demokratischen Kräfte stark genug sind, diese Gebiete von der Diktatur zu befreien.

Der Kongress verpflichtet sich, gemeinsam mit allen anderen demokratischen Kräften zu arbeiten an der Wiederherstellung der Freiheit der Arbeit und der Gewerkschaften in allen den Ländern, deren Arbeiter dieser fundamentalen Rechte beraubt sind.

7) ENTSCHLIESSUNG ÜBER DIE BEZIEHUNGEN ZUM I.B.F.G.

Da die der I.T.F. angeschlossenen Transportarbeitergewerkschaften in ihren Ländern mit den freien Gewerkschaften der Arbeiter anderer Industrien zur Verwirklichung gemeinsamer Ziele zusammenarbeiten;

Da die Mitgliedsverbände der I.T.F. diese Zusammenarbeit auf das internationale Gebiet auszudehnen wünschen;

Da die Landeszentralen der freien Gewerkschaften in beinahe allen demokratischen Ländern im I.B.F.G. zusammengeschlossen sind, der dieselben Methoden anwendet und auf seinem eigenen Gebiete dieselben Ziele verfolgt, wie die I.T.F.;

Da es wünschenswert ist, dass die I.T.F. zur Förderung ihrer eigenen Interessen wie auch derjenigen der freien Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen mit dem I.B.F.G. Hand in Hand arbeitet;

Da der I.B.F.G. mit den I.B.S. Abmachungen zu treffen wünscht, die die wirksamste Zusammenarbeit und gegenseitige Vertretung auf beratender Grundlage gewährleistet, sowie Abmachungen über gegenseitige Hilfeleistung auf dem Gebiet der gewerkschaftlichen Organisierung;

Erklärt der Kongress, dass die I.T.F. das Bestreben des I.B.F.G. teilt und dass, sofern ein weiterer Kongress nicht anders beschließt die Grundlage der Beziehungen zwischen der I.T.F. und dem I.B.F.G. die des Zusammenschlusses und der Zusammenarbeit auf dem Fusse der Gleichberechtigung und in gegenseitiger Achtung der Selbständigkeit sein muss, wie auch die der gegenseitigen Hilfeleistung bei der Wahrnehmung und Förderung gemeinsamer Interessen.

Der Kongress begrüsst daher die Initiative des I.B.F.G. zur Schaffung von Einrichtungen zur Zusammenarbeit mit den I.B.S., und gibt seiner Befriedigung über das rasche und im Geiste der Freundschaft und des Aufbaus stehende Handeln des I.B.F.G. Ausdruck;

Billigt die Beibehaltung des Koordinationsausschusses der I.B.S. zum Zwecke ihrer gemeinsamen Vertretung in den leitenden Organen des I.B.F.G.;

Billigt die Haltung der Vertreter der I.T.F. in den Besprechungen unter den I.B.S. und in den Verhandlungen mit dem I.B.F.G.;

Drückt die Hoffnung aus, dass die Einrichtungen zur gegenseitigen Beratung, die gebildet worden sind, reibungslose und tatkräftige Zusammenarbeit zwischen dem I.B.F.G. und den I.B.S. als Gruppe, und, soweit nötig, zwischen dem I.B.F.G. und der I.T.F. gewährleistet werden und

Versichert den I.B.F.G. der rücksichtslosen Unterstützung der freien Transportarbeitergewerkschaften bei der Verteidigung der freien Gewerkschaftsbewegung, in seinen Anstrengungen zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen derjenigen Arbeiter, denen ein gerechter Anteil an den Segnungen des technischen und sozialen Fortschritts immer noch vorenthalten wird, wie auch in seiner Aktion zum Umsturz aller der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit feindlichen Regime.

8) ENTSCHLIESSUNG ÜBER DIE GRIECHISCHEN KINDER

In der Erwägung, dass die Aufständischen im griechischen Bürgerkrieg 28.000 Kinder nach den Nachbarländern evakuiert haben, deren Regierungen ihren Zielen gegenüber freundschaftlich eingestellt waren;

In Erwägung, dass der Bürgerkrieg in Griechenland längst zu Ende ist;

In der Erwägung, dass daher nichts mehr die Fernhaltung dieser Kinder von ihren Familien rechtfertigt - falls die Massnahme überhaupt und gänzlich gerechtfertigt war - und dass die Verlängerung dieses Exils zu einem Akt der Grausamkeit wird;

Drückt der Kongress den ihrer Kinder beraubten Familien seine Sympathie aus;

Appelliert an die menschlichen Gefühle der Regierungen in den Nachbarländern Griechenlands und beschwört sie, die griechischen Kinder in ihre Heimat zurückzusenden;

Fordert die griechische Regierung auf, öffentlich den betroffenen Familien und der Weltöffentlichkeit die Versicherung abzugeben, dass die Eltern in voller Freiheit und im vollen Genusse aller den Eltern in den demokratischen Ländern zuerkannten Rechte ihre heimgeschafften Kinder werden in Empfang nehmen und behalten dürfen

Lädt die Regierungen, die mit den Regierungen der Nachbarländer Griechenlands diplomatische Beziehungen unterhalten, ein, ihren Einfluss geltend zu machen, um diesen von den elementarsten humanitären Überlegungen diktierten Schritt zu veranlassen und

Fordert die Organisation der Vereinten Nationen auf, jede Anstrengung zu unternehmen, um die betreffenden Regierungen zu überzeugen, dass den Rechten der Kinder und ihrer Eltern der Vorrang vor allen anderen Überlegungen eingeräumt werden muss und ihre Dienste zur Verfügung zu stellen, um die Heimschaffung der Kinder zu organisieren.

9) ENTSCHLIESSUNG ÜBER DIE ARBEITSZEIT
IM EISENBAHN- UND STRASSENVERKEHR

In der Erwägung, dass das im Jahre 1919 in Washington über den Achtstundentag angenommene Übereinkommen sich auf die Sozialpolitik der demokratischen Welt vorteilhaft ausgewirkt und zur Verallgemeinerung des Achtstundentages für die grosse Mehrzahl der Eisenbahner der Welt beigetragen hat;

In der Erwägung, dass dieses Übereinkommen seine volle Wirkung für die Eisenbahner Griechenlands, Indiens und anderer, in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zurückgebliebener Länder noch nicht erzielt hat;

In der Erwägung, dass dieses Übereinkommen dazu beigetragen hat, die Arbeitsbedingungen zahlreicher Strassentransportarbeiter zu verbessern;

In der Erwägung, dass die Anwendung des Übereinkommens von 1939 über die Arbeitszeit im Strassenverkehr geeignet ist, für zahlreiche Arbeiter, deren Arbeitsbedingungen noch viel zu wünschen übrig lassen, einen merklichen Fortschritt zu erzielen;

In der Erwägung, dass die 40-Stundenwoche nun in den Vereinigten Staaten, Australien und Neuseeland für die übergrosse Mehrzahl der Eisenbahner und für einen beträchtlichen Teil der Strassentransportarbeiter die Norm ist;

In der Erwägung, dass die 44-Stundenwoche in Grossbritannien nun in allen Wirtschaftszweigen, einschliesslich der Eisenbahnen und des Strassenverkehrs, die Norm ist;

In der Erwägung, dass der Zweck des technischen Fortschrittes darin liegen muss, die Mühsal der Menschen und insbesondere die Arbeitszeit zu vermindern;

In der Erwägung, dass einerseits die wirtschaftlichen Folgen des Krieges und andererseits die Notwendigkeit, für die demokratischen Länder einen grossen Teil ihres Volkseinkommens zur Verteidigung gegen einen allfälligen Angriff aufzuwenden, in einem grossen Teile der Welt die Wirkungen der durch den technischen Fortschritt ermöglichten größeren Arbeitsleistung erheblich vermindern und die Verallgemeinerung der 40-Stundenwoche hemmen.

In Erwägung, dass die Hindernisse vorübergehender Natur sind;

Beglückwünscht der Kongress die Eisenbahner und Strassentransportarbeiter, die die 40- oder 44-Stundenwoche verwirklicht oder auf andere Weise Bedingungen erzielt haben, die besser sind als die von dem Übereinkommen über den Achtsturentag festgelegten;

Fordert alle Transportarbeiter und ihre Gewerkschaften auf, unermüdlich die Verkürzung der Arbeitszeit anzustreben, um so rasch, wie dies die wirtschaftlichen oder politischen Verhältnisse in ihrem Land gestatten, die Arbeitszeitgrenze von 40 Stunden in der Woche zu erreichen;

Fordert alle Gewerkschaften der Strassentransportarbeiter auf, sich des Übereinkommens von 1939 zu bedienen, um die Arbeitsbedingungen derjenigen ihrer Mitglieder zu verbessern, die noch nicht im Genusse des durch dieses Übereinkommen festgelegten Mindestschutzes stehen;

Ersucht die Internationale Arbeitsorganisation, eine Untersuchung durchzuführen, um festzustellen, in welchen Ländern und aus welchen Gründen die Arbeiter im Eisenbahn- und Strassenverkehr der Vorzüge, die ihnen das Washingtoner Übereinkommen verschaffen sollte, noch beraubt sind; und

Setzt der Gewerkschaftsbewegung der demokratischen Welt und der Internationalen Arbeitsorganisation die Aufgabe, zugunsten der neuen Generation einen erneuten Vorstoss in der Richtung des sozialen Fortschrittes zu unternehmen, insbesondere durch die Verwirklichung der 40-Stundenwoche.

10) ENTSCHLIESSUNG ÜBER DIE ARBEITSZEIT AUF DEN GRIECHISCHEN EISENBAHNEN

In der Erwägung, dass auf den griechischen Eisenbahnen die tägliche Arbeitszeit in der Bahnunterhaltung 9 Stunden, im Fahrdienst durchschnittlich 9 und für die Stationsarbeiter 10 Stunden beträgt;

In der Erwägung, dass das Washingtoner Übereinkommen über den Achtsturentag für alle Eisenbahner gilt, mit der einzigen Ausnahme der Personen, die einen Aufsichts-, Verwaltungs- oder Vertrauensposten innehaben;

In der Erwägung, dass die Regierung Griechenlands das erwähnte Übereinkommen im Jahre 1920 ratifiziert hat und, da sie es nie gekündigt hat, rechtlich und moralisch verpflichtet ist, es einzuhalten;

In der Erwägung, dass das Datum des Inkrafttretens des erwähnten Übereinkommens für die griechischen Eisenbahnen auf den 1. Juli 1924 festgesetzt war;

Stellt der Kongress fest, dass die griechische Regierung, indem sie die Verletzung des Übereinkommens duldet und den Einsprüchen

des griechischen Eisenbahnerverbandes kein Gehör schenkt, sich des Übereinkommensbruches schuldig macht; und

Beauftragt das Sekretariat und das Exekutivkomitee der I.T.F., die Vorstellungen des griechischen Eisenbahnerverbandes bei der griechischen Regierung zu unterstützen und im Falle des Misserfolges die nötigen Schritte zu unternehmen, um die Einleitung des in den Artikeln 24 bis 34 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation vorgesehenen-Verfahrens zu veranlassen, um, falls nötig, die griechische Regierung vor den Internationalen Gerichtshof zu zitieren.

11) ENTSCHLIESSUNG ÜBER DIE FREIE GEWERKSCHAFTS-
BEWEGUNG IN FRANKREICH UND ITALIEN

Der vom 21. bis 29. Juli 1950 in Stuttgart tagende Kongress begrüsst das Erstehen der freien Transportarbeiter-Gewerkschaften in Frankreich und Italien, die die Tradition der freien, von allen äusseren Einflüssen unabhängigen Gewerkschaftsbewegung fortsetzen.

Der Kongress gibt seiner Befriedigung über die diesen Gewerkschaften von der I.T.F. geleistete materielle und moralische Unterstützung Ausdruck.

Der Kongress stellt fest, dass dank des Bestehens und der Aktivität dieser Gewerkschaften die totalitären Kräfte nicht länger den organisierten Arbeitern ihre Weltanschauung aufzwingen und sie den Interessen der Diktatoren und der Kominform unterwerfen können.

Der Kongress beglückwünscht die neuen freien Gewerkschaften Frankreichs und Italiens dazu, dass sie die Initiative im Kampf um die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder ergriffen haben.

Der Kongress fordert alle Transportarbeiter in Frankreich und Italien auf, sich den neuen freien Organisationen anzuschliessen und damit den Kampf für ihre eigenen Interessen und die der Transportarbeiter aller Länder aufzunehmen.

12) ENTSCHLIESSUNG
ÜBER ARBEITERVERTRETUNG AUF INTERNATIONALEN KONFERENZEN
UND IN UNTERSUCHUNGS-AUSSCHÜSSEN DER SEEFISCHEREI

Der vom 21. bis 29. Juli 1950 in Stuttgart tagende Kongress der Internationalen Transportarbeiter-Föderation stellt mit großer Besorgnis fest, dass internationale Konferenzen über Fischereiverträge und Untersuchungen über wichtige Probleme des Finschfangs von Regierungen abgehalten werden ohne angemessene Beteiligung von Vertretern der Seefischer.

Der Kongress vertritt die Ansicht, dass das Interesse der Fischer an diesen Diskussionen ebenso gross ist, wie das aller anderen Beteiligten.

Er erhebt Protest gegen das Widerstreben von Regierungen, Vertreter der Fischer zu internationalen Besprechungen über Fischereifragen zuzulassen.

Der Kongress beauftragt das Sekretariat, bei den zuständigen Stellen um Abhilfe zu ersuchen.

13) ENTSCHLIESSUNG

ÜBER DAS INTERNATIONALE SOZIALPROGRAMM FÜR SEEFISCHER

Der vom 21. bis 29. Juli 1950 in Stuttgart tagende Kongress der Internationalen Transportarbeiter-Föderation stellt fest, dass bis heute von der Internationalen Arbeitsorganisation in der Behandlung der sozialen Fragen im Fischfang kaum ein Fortschritt erzielt wurde, und dass insbesondere die Einsetzung eines Sachverständigen-Ausschusses für Fischereifragen bei einigen Regierungen auf Widerstand gestossen ist.

Der Kongress bedauert die Verzögerung in der Verwirklichung eines internationalen Sozialprogramms für Seefischer durch die I.A.O..

Der Kongress beauftragt das Sekretariat des I.T.F., die zur Beschleunigung der Angelegenheit erforderlichen Schritte zu unternehmen.

14) ENTSCHLIESSUNG ÜBER DIE JAPANISCHE WIRTSCHAFT

Japan besitzt nahezu 1100 Einwohner pro km² seiner Ackerfläche, was wahrscheinlich die grösste Bevölkerungsdichte der Welt im Verhältnis zur Ackerfläche ist.

Die landwirtschaftliche Produktion und die Erträgnisse der Seefischerei Japans können daher nicht ausreichen, um allen Einwohnern eine einigermaßen erträgliche Lebenshaltung zu gewährleisten.

Die Beteiligung Japans am internationalen Handelsaustausch ist notwendig. Japan muss die Möglichkeit haben, im Austausch gegen Industrieprodukte landwirtschaftliche Erzeugnisse einzuführen.

Andererseits kann der Ausbau der Rohstoffherzeugung, der Industrieproduktion des Aussenhandels und der Schifffahrt nicht von den Erwägungen der internationalen Sicherheit und der gegenwärtigen Besetzung Japans durch die Alliierten Behörden getrennt betrachtet werden.

Der vom 21. bis 29. Juli 1950 in Stuttgart tagende 21. Kongress der Internationalen Transportarbeiter-Föderation versichert die Transportarbeiter Japans der Sympathie der Transportarbeiter der demokratischen Welt.

Der Kongress empfiehlt den Sektionen der Seeleute und Hochseefischer, die Schifffahrts- und Fischereiprobleme Japans zu untersuchen, um den Tatsachenbestand zu ermitteln und das Programm einer Wirtschaftspolitik zu entwerfen, das den Besatzungsbehörden Japans unterbreitet werden kann.

15) ENTSCHLIESSUNG ÜBER DIE ASIATISCHEN SEELEUTE

Der vom 21. bis 29. Juli 1950 in Stuttgart tagende 21. Kongress der Internationalen Transportarbeiter-Föderation hat Kenntnis genommen von Ausführungen über die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Seeleute Asiens und insbesondere Indiens und Pakistans. Er hat ferner Kenntnis genommen vom beinahe völligen Versagen des in Kalkutta gebildeten paritätischen Seefahrtsausschusses nach der Aufteilung Indiens in zwei selbständige Staaten.

Der Kongress beauftragt das Sekretariat der I.T.F.:

- 1.) einen Appell an die asiatischen Seeleute und ihre Gewerkschaften zu richten, um ihnen die dringende Notwendigkeit einer besseren gewerkschaftlichen Organisation vor Augen zu führen, sowie auch die Gewerkschaften, die der I.T.F. noch nicht angeschlossen sind, zum sofortigen Beitritt aufzufordern.
- 2.) insbesondere auf die Erwünschtheit der Bildung einer gemeinsamen Organisation der Seeleute Indiens und Pakistans zur Wahrnehmung und Beschützung der Interessen der Seeleute beider Länder hinzuweisen. Das Sekretariat wird aufgefordert, die bei der Bildung dieser gemeinsamen Organisation erforderliche Hilfe zu gewähren.
- 3.) den Plan einer Sozialversicherung für alle asiatischen Seeleute auszuarbeiten und auf dessen rasche Einführung hinzuwirken.
- 4.) den Regierungen Indiens und Pakistans und den betreffenden Reedern die Erwünschtheit der Errichtung eines Seefahrtsausschusses für Indien und Pakistan nahelegen, zur Regelung der Arbeitsverhältnisse und -bedingungen der Seeleute Indiens und Pakistans unter Berücksichtigung der Probleme, die durch die Teilung Indiens entstanden sind, sowie allen Beteiligten die aktive Unterstützung und Hilfe der I.T.F. anzubieten.

16) ENTSCHLIESSUNG ÜBER DIE ZUSAMMENSETZUNG VON FLUGZEUGBESATZUNGEN

Der vom 21. bis 29. Juli 1950 in Stuttgart tagende Kongress der Internationalen Transportarbeiter-Föderation erklärt:

- 1.) In der Zivilluftfahrt muss jederzeit die höchste Sicherheit gegeben sein.
- 2.) Eine ausreichende Reserve an Spezialkräften muss für nationale Notstände zur Verfügung stehen.

- 3.) Die technische Entwicklung geht rasch vonstatten. Fortlaufend werden neue Flugzeugtypen in der Zivilluftfahrt eingesetzt.

Mit Besorgnis stellt der Kongress fest, dass die in den verschiedenen Ländern in Kraft befindlichen Bestimmungen über Zusammensetzung von Flugzeugbesatzungen unzureichend sind. Sie machen es teilweise möglich, dass finanzielle Erwägungen über den Sicherheitsfaktor die Oberhand gewinnen. Ferner ist zu berücksichtigen, dass die Bestimmungen verschiedener Länder in vieler Hinsicht auf den Empfehlungen der I.C.A.O. beruhen. Diese Empfehlungen unterliegen aber manchmal dem unangemessenen Einfluss von Vertretern der Arbeitgeber.

Der Kongress beschliesst daher, die nachstehenden Punkte, die die Ansicht der Zivilluftfahrt-Sektion der I.T.F. darstellen, der I.C.A.O. zur Kenntnis zu bringen, damit weitere Empfehlungen der I.C.A.O., besonders in der Frage der Zusammensetzung von Flugzeugbesatzungen ebenso auf der Erfahrung von Spezialisten aufgebaut werden, wie sie augenblicklich auf wirtschaftlichen Erwägungen der Arbeitgeber beruhen.

Flugzeugführer

Die Anzahl der Flugzeugführer, die zur Führung eines im Luftverkehr eingesetzten Flugzeuges erforderlich ist, muss so sein, dass die Sicherheit ausreichend gewährleistet ist. Die Anzahl wird bestimmt durch: Typ und Gewicht des Flugzeuges, Betriebsform und Dauer der Flüge zwischen den Flughäfen, auf denen die Besatzungen abgelöst werden. Wenigstens aber sind erforderlich:

- a) zwei befähigte und geprüfte Flugzeugführer auf allen Flügen zugelassener Flugzeuge mit einem Maximalstartgewicht (brutto) von 10.000 Pfund (englisch) oder mehr.
- b) zwei befähigte geprüfte Flugzeugführer auf allen Flügen nach Geräten im fahrplanmäßigen Luftverkehr.
- c) Auf allen Flügen, für die zwei oder mehr Flugzeugführer erforderlich sind, dürfen diese ausschliesslich Flugzeugführerfunktionen ausüben. Spezialisten der Flugzeugbesatzung, die gleichzeitig geprüfte Flugzeugführer sind, dürfen nicht zur Dienstleistung als Flugzeugführer oder zu sonstiger Dienstleistung neben ihrer eigentlichen Beschäftigung während des Fluges herangezogen werden.

Navigatoren:

Auf transozeanischen und gewissen anderen Fluglinien, für die die interessierten anerkannten Personal-Organisationen Radioanlage für unzureichend als Navigationsmittel halten, ist zusätzlich zur übrigen erforderlichen Flugzeugbesatzung ein geprüfter Navigator mitzuführen.

Vorbehaltlich der Beratung mit einschlägigen anerkannten Personalorganisationen kann ein Flugzeug ohne einen Navigator Flüge ausführen, wenn mit Hilfe der Radioanlage die Position des Flugzeuges wenigstens alle 200 nautische Meilen genau bestimmt werden kann.

Bordmechaniker

Auf allen Flugzeugen, die

- a) vier- oder mehrmotorig sind.
- b) ein Maximalstartgewicht von 80.000 Pfund haben, oder wo
- c) die zuständige Behörde auf Grund des Flugzeugtyps oder der Einsatzart die Mitführung von Mechanikerpersonal für erforderlich hält,

muss ein geprüfter Bordmechaniker mitgeführt werden, der nur in dieser Tätigkeit beschäftigt werden darf. Wird ein Bordmechaniker mitgeführt, so müssen ihm ein abgetrennter Raum, entsprechende Instrumente und Kontrollapparate zur Verfügung stehen.

Funker:

Auf allen Flügen muss ein Mitglied der Besatzung, das die entsprechende Prüfung abgelegt hat, als Funker tätig sein und darf daneben nicht anderweitig beschäftigt werden, ausgenommen, wenn die zuständige Regierungsstelle und die entsprechenden anerkannten Personalorganisationen gemeinsam in Einzelfällen festlegen, dass die Mitführung eines Funkers nicht erforderlich ist.

Der Kongress erklärt seine Besorgnis über die nach den Funkbestimmungen verschiedener Länder zulässige und die Sicherheit herabsetzende Beschäftigung des Flugzeugpersonals in doppelter Eigenschaft. Diese Doppelbeschäftigung sollte grundsätzlich bekämpft werden.

Der Kongress beauftragt die entsprechenden Landesorganisationen, innerhalb ihrer Länder auf ihre Regierungen und andere zuständigen Behörden einzuwirken, damit die Funkvorschriften genau abgefasst und der gegenwärtigen Entwicklungsrichtung Einhalt geboten wird.

17) ENTSCHEIDUNG ÜBER DIE MITFÜHRUNG DES 500 kc/s - GERÄTES

Der Kongress der I.T.F. hat die erhältlichen Auskünfte über die Verwendung des 500 kc/s - Geräts in Notlagen eingehend geprüft. Er hat davon Kenntnis genommen, dass gewisse Fluggesellschaften dieses Gerät abgeschafft haben und andere im Begriffe sind, dasselbe zu tun.

Der Kongress erklärt seine Beunruhigung über diese Entwicklung, die nach seiner Auffassung eine weitgehende Beeinträchtigung der Flugsicherheit bedeutet. Er ist überzeugt, dass die Mitführung des 500 kc/s - Geräts, das zur Übermittlung und zum Empfang von Meldungen auf 500 kc/s stets einsatzbereit ist, auf allen Überseelinien wesentlich ist. Um aus den Funkanlagen den grösstmöglichen Vorteil ziehen zu können, muss das Gerät durch einen besonders dazu ausgebildeten Funker bedient werden.

Der Kongress beschliesst, diese Auffassungen der I.C.A.O. zur Kenntnis zu bringen und auf nationalem bzw. internationalem Gebiet Schritte zu unternehmen, um herbeizuführen, dass die einzelstaatlichen Gesetze die Mitführung des 500 kc/s - Gerätes im Sinne dieser Entschliessung vorzuschreiben.

18) ENTSCHLIESSUNG
ÜBER DEN AUSSCHLUSS DES KANADISCHEN SEELEUTEVERBANDES

Der vom 21. bis 29. Juli 1950 in Stuttgart tagende 21. Kongress hat den Beschluss des Exekutivkomitees der I.T.F., mit den streikenden kanadischen Seeleuten nicht Solidarität zu üben und den Kanadischen Seeleuteverband in seine Rechte als Mitglied einzustellen, geprüft und dabei folgende Tatsachen erwogen:

Von April bis Juli 1949 führte die Canadian Seamen's Union (Kanadischer Seeleuteverband) einen Streik durch, obwohl keine Notwendigkeit vorlag, diese letzte Waffe zur Verteidigung der Interessen der Mitglieder zu ergreifen. Um die Mitglieder zum Streiken zu veranlassen, bedienten sich die kommunistischen Führer dieser Organisation der Lüge. Überdies gaben die Streikanweisungen heraus, die mit jeder Kampftradition der Seeleutegewerkschaften und auch mit den kanadischen Gesetzen in Widerspruch stehen, und setzten damit die Mitglieder der gerichtlichen Verfolgung und strengen Strafen aus.

Die Führer des Kanadischen Seeleuteverbandes ersuchten die I.T.F. um Hilfe, verbargen jedoch systematisch die Wahrheit über den angeblichen Streit. Sie weigerten sich, die Auskünfte zu geben, zu deren Erteilung sie auf Grund der Satzungen der I.T.F. verpflichtet waren. Anstatt die I.T.F. und mit deren Hilfe die Organisationen, deren Beistand gewünscht wurde, aufzuklären, verlegten sich die kommunistischen Führer des Kanadischen Seeleuteverbandes mit der aktiven Unterstützung von Agenten der kommunistischen Parteien auf eine Lügenkampagne unter den Arbeitern in verschiedenen Häfen der Welt und beuteten die Solidaritätsgefühle dieser Arbeiter in schamloser Weise aus. Damit fügten sie den irreführten Hafentarbeitern und der Wirtschaft der betroffenen Länder grossen Schaden zu.

Andererseits haben sich die Führer des Kanadischen Seeleuteverbandes insgeheim mit dem sogenannten Weltgewerkschaftsbund verständigt. Dieses Instrument der Kominform unterstützte ihre Kampagne gegen die I.T.F. und deren Mitgliedsverbände. Die Führer des Kanadischen Seeleuteverbandes führten ihre Kampagne auf eine Weise, die große finanzielle Mittel erforderte, überliessen jedoch ihre streikenden Mitglieder in ausländischen Häfen der Wohltätigkeit der sympathisierenden Arbeiter.

Der Streik wurde, im Gegensatz zu allen Regeln der gewerkschaftlichen Strategie mit Methoden geführt, die darauf abzielten, in allen Weltteilen sinnlos und böswillig die größtmögliche Zahl von Arbeitern in den Konflikt hineinzuziehen.

Da alle Anzeichen darauf hinweisen, dass der Streik des Kanadischen Seeleuteverbandes von einer äusseren Macht beschlossen wurde, der die Führer der C.S.U. Lakaiendienste leisten,

Billigt der Kongress den Beschluss des Geschäftsführenden Ausschusses Exekutivkomitees und Generalrates, zum ersten Male in der Geschichte der I.T.F. einem in einen Konflikt verwickelten Mitgliedsverband den Beistand zu verweigern.

Der Kongress beschliesst, den Kanadischen Seeleuteverband aus der I.T.F. auszuschliessen, weil er die Interessen seiner eigenen Mitglieder und diejenigen anderer angeschlossener Verbände verraten hat.

Er stellt mit Befriedigung fest, dass die große Mehrzahl der Mitglieder des Kanadischen Seeleuteverbandes dieser Organisation, die ihres Vertrauens so unwürdig ist, den Rücken gekehrt haben und einer freien Gewerkschaft beigetreten sind.

Er fordert die Transportarbeiter in aller Welt auf, aus diesem Beispiel der schamlosen Ausbeutung edler Gefühle der Arbeitersolidarität für unbekennbare politische Zwecke eine Lehre zu ziehen.

19) ENTSCHEIDUNG ÜBER DEN AUSSCHLUSS DER NEUSEELÄNDISCHEN HAFENARBEITERGEWERKSCHAFT

Der vom 21. bis 29. Juli 1950 in Stuttgart tagende 21. Kongress hat in einer Aussprache über die Suspendierung der Neuseeländischen Hafnarbeitergewerkschaft durch das Exekutivkomitee folgende Tatsachen erwogen:

Im Dezember 1949 trat die Neuseeländische Hafnarbeitergewerkschaft der Seeleute- und Hafnarbeiterabteilung jener Zweigstelle der Kominform bei, die unter dem Namen des W.G.B. auftritt und deren feindselige Einstellung gegenüber der I.T.F. wohlbekannt ist. Die Neuseeländische Hafnarbeitergewerkschaft verletzte damit bewusst einen Beschluss der zuständigen Organe der I.T.F., die bestimmt haben, dass der Beitritt zum sogenannten W.G.B. mit der Mitgliedschaft bei der I.T.F. unvereinbar ist.

Indem die Neuseeländische Hafnarbeitergewerkschaft im Frühling und Sommer 1949 mit dem Kanadischen Seeleuteverband gemeinsame Sache machte, verletzte sie einen Beschluss des Generalrates der I.T.F. vom Mai 1949.

Da die Neuseeländische Hafnarbeitergewerkschaft durch ihren Beitritt zu einer kommunistischen Organisation aufgehört hat, eine freie Gewerkschaft zu sein, beschliesst der Kongress, sie aus der I.T.F. auszuschliessen.

Der Kongress fordert alle angeschlossenen Organisationen, die mit dem Neuseeländischen Hafnarbeiterverband Beziehungen unterhalten, auf, diese abubrechen.

Er fordert die nichtkommunistischen Mitglieder der Neuseeländischen Hafnarbeitergewerkschaft auf, sich zusammenzutun und die sowjetischen Agenten aus ihrer Gewerkschaft zu entfernen, um diese einmal mehr zu einem Instrument zur Verteidigung ihrer Interessen zu machen und ihre Wiedereingliederung in die große Bruderschaft der unter dem Banner der I.T.F. zusammengeschlossenen Arbeiter herbeizuführen.

20) ENTSCHLIESSUNG ÜBER DEN AUSSCHLUSS
DES FINNISCHEN TRANSPORTARBEITERVERBANDES

Der vom 21. bis 29. Juli 1950 in Stuttgart tagende 21. Kongress hat bei der Beratung über die Suspendierung des Finnischen Transportarbeiterverbandes folgende Tatsachen erwogen:

Entgegen der ausdrücklichen Empfehlung des Exekutivkomitees war der Finnische Transportarbeiterverband im Juli 1949 auf der Gründungskonferenz der Seeleute- und Hafnarbeiterabteilung des sogenannten Weltgewerkschaftsbundes vertreten. Damals war die Gewerkschaft dem Finnischen Gewerkschaftsbund angeschlossen, der zu jener Zeit dem W.G.B. angehörte.

Im August 1949 führte der Finnische Transportarbeiterverband in Verletzung eines Beschlusses des Finnischen Gewerkschaftsbundes einen Streik durch, an welchem ausschliesslich von den Kommunisten beherrschte Gewerkschaften teilnahmen. Aus diesem Grunde wurde der Verband aus dem Finnischen Gewerkschaftsbund ausgeschlossen und hörte damit auf, dem W.G.B. indirekt anzugehören.

Alsdann bildete der Transportarbeiterverband gemeinsam mit der Gewerkschaft der Waldarbeiter - die ebenfalls aus dem Finnischen Gewerkschaftsbund ausgeschlossen worden war - einen Einheitsausschuss, und "der W.G.B. wurde ersucht, auf dieser Grundlage die Mitgliedschaft wiederherzustellen".

Angesichts dieser Tatsache, dass das Gesuch um Wiederherstellung der Mitgliedschaft, das vom Finnischen Transportarbeiterverband an den W.G.B. gerichtet worden ist, notwendigerweise zur Anknüpfung von direkten Beziehungen zwischen jener Gewerkschaft und der Kommunistischen, der I.T.F. feindlichen Organisation führen muss, zieht der Kongress den Schluss, dass der Finnische Transportarbeiterverband aufgehört hat, eine freie Gewerkschaft zu sein.

Er beschliesst, den Finnischen Transportarbeiterverband aus der I.T.F. auszuschliessen und

Fordert die Arbeiter, die dem Finnischen Transportarbeiterverband immer noch angehören, auf, sich der freien Gewerkschaftsbewegung und auf den ihnen offenstehenden Wegen der I.T.F. wieder anzuschliessen.

21) ENTSCHLIESSUNG ÜBER REGIONALE NORMEN
FÜR HEUERN UND ARBEITSBEDINGUNGEN

Die Konferenz der Seeleute-Sektion der I.T.F., versammelt in Stuttgart am 25. Juli 1950 anlässlich des 21. Kongresses der I.T.F., stellt fest:

Auf dem Gebiete der Schifffahrt besteht zwischen den beteiligten Ländern ein Verhältnis gegenseitiger Abhängigkeit. Niedrige Heuern und schlechte Arbeitsbedingungen in einem Lande stellen für die Seeleute in anderen Ländern eine Drohung dar.

Die Heuern und Arbeitsbedingungen der Seeleute der am Seenaverkehr und an der Küstenschiffahrt in der Nord- und Ostsee beteiligten Länder weisen starke Unterschiede auf.

Die Konferenz erklärt, dass die bestehenden Unterschiede möglichst weitgehend ausgeglichen werden müssen.

Sie empfiehlt den beteiligten Seeleutegewerkschaften, die Heuern und Arbeitsbedingungen der britischen Schiffe als ein guter Durchschnitt für diesen Schiffsraum. Sie fordert diese Gewerkschaften auf, in ihren Ländern die Löhne und Arbeitsbedingungen auf dieses Mindestmaß zu erhöhen, unbeschadet besserer bestehender Normen.

22) ENTSCHLIESSUNG ÜBER DIE FESTLEGUNG
REGIONALER FRACHTSÄTZE

In Anbetracht des scharfen Wettbewerbs im Seenaverkehr und in der internationalen Küstenschiffahrt des Nord- und Ostseeraumes und des drohenden Abfallens der Frachtsätze auf ein mit wirtschaftlichem Betrieb unvereinbares Niveau,

Wie auch in Anbetracht der dieser Lage innewohnenden Gefahr für das Bestehen gesunder Verhältnisse im See-Nahverkehr und in der internationalen Küstenschiffahrt und für die Erhaltung eines angemessenen Lebenshaltungsstandes der beteiligten Seeleute,

Lenkt die anlässlich des 21. Kongresses der I.T.F. am 25. Juli 1950 in Stuttgart abgehaltene Konferenz der Seeleutesektion der I.T.F. die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung des See-Nahverkehrs und der internationalen Küstenschiffahrt für die Wirtschaft der einzelnen Länder.

Die Konferenz gibt der Auffassung Ausdruck, dass angemessene Mindestfrachtsätze für die Schiffahrt im erwähnten Raum festgelegt werden sollen.

Die Konferenz hofft, dass die Internationale Schifffahrtskammer und die ihr angehörenden Reeder sich eine solche Politik zu eigen machen werden, und

erklärt die Bereitschaft der organisierten Seeleute zur Mitarbeit, um die Wirksamkeit aller darauf gerichteten Maßnahmen zu sichern.

23) ENTSCHLIESSUNG ÜBER EINE REGIONALE
SEEFAHRTSKONFERENZ

In Anbetracht der Unterschiede zwischen den Heuern und Arbeitsbedingungen der Seeleute der am Seenaverkehr und an der Küstenschiffahrt West- und Nordwesteuropas beteiligten Länder - Frankreich, Grossbritannien und Irland, Belgien, Holland, Deutschland, Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland - und der schädigenden Wirkung dieser Unterschiede auf die Normen der Heuern und Arbeitsbedingungen der beteiligten Seeleute;

Wie auch in Anbetracht des sich fühlbarmachenden scharfen Wettbewerbs und der Drohung, die er für die Existenz dieser Schifffahrt darstellt;

Drängt die anlässlich des 21. Kongresses der I.T.F. am 25. Juli 1950 in Stuttgart abgehaltene Konferenz der Seeleutesektion der I.T.F. auf Festlegung regionaler Normen für Heuern und Arbeitsbedingungen der beteiligten Seeleute.

Die Konferenz fordert das Internationale Arbeitsamt auf, die Sache einer baldigen Tagung des Paritätischen Seefahrtsausschusses zu unterbreiten, zum Zwecke der Einberufung einer Seefahrtskonferenz für Nord- und Nordwesteuropa; und

Ersucht das Internationale Arbeitsamt, zur Vorbereitung dieser Konferenz eine Übersicht über Heuern und Arbeitsbedingungen der Seeleute und alle anderen Fragen des Seeverkehrs und der internationalen Küstenschifffahrt im erwähnten Raum anzufertigen.

24) ENTSCHLIESSUNG
ÜBER DEN BOYKOTT ARGENTINISCHER SCHIFFE

" Nach einer Aussprache über die Durchführung der Solidaritätsaktion zur Unterstützung der argentinischen Seeleute und Hafenarbeiter, die seit 18. Mai 1950 in Streik stehen, zur Verteidigung ihres Rechtes der Zugehörigkeit zu einer demokratischen Gewerkschaftsorganisation ihrer eigenen Wahl; und da eine Anzahl Schiffe mit Streikbrechern bemannt wurde und daher aus argentinischen Häfen auslaufen konnten;

Beschliessen die auf der Tagung der Hafenarbeitersektion der I.T.F. in London am 14. Juli 1950 anwesenden Vertreter der Hafenarbeitergewerkschaften, alles ins Werk zu setzen, um das Laden und Löschen dieser Schiffe in ausländischen Häfen zu verhindern, bis die argentinische Regierung das Recht der freien Vereinigung achtet und das Kartell der argentinischen Seeleute- und Hafenarbeitergewerkschaften (C.G.G.M.A.) wiederum anerkennt."

25) ENTSCHLIESSUNG ÜBER DIE BEFÖRDERUNG DER WAFFEN

Jede menschliche Gemeinschaft hat die Pflicht, sich mit allen Mitteln gegen die Gefahr der Unterjochung durch in- oder ausländische Tyrannen zu verteidigen, welches auch immer das Ideal sei, mit dem sie ihre Eroberungspläne tarnen.

Die internationale Spannung, die seit dem Ende des zweiten Weltkrieges besteht und sich in gefährlicher Weise steigert, hat den Abschluss des Atlantischen Vertrages verursacht. Dieser Vertrag ist von seinen Urhebern als ein Verteidigungsbündnis der Völker Westeuropas und Nordamerikas bezeichnet worden, dessen einziges Ziel die Verhütung oder Abwehr eines möglichen Angriffs ist.

26) DELEGIERTENLISTE

Organisation:	Delegierte:	Stellvertreter:
<u>BELGIEN</u>		
Belgische Transport- arbeitsbond (Transportarbeiter)	A. Degrijse W. Cassiers G. Hendrickx	G. Decrom L. Vander Aa P. Vanden Bergh
<u>Secteur Cheminots de la C.G.S.P.</u>	G. Devaux L. Despontin F. D'Helt A. Carlier	J. Cloes
Centrale Belge du Personnel des Tramways, Vicinaux et Autobus (Strassenbahner)	J. Geldof A. Vercruyce Ph. Martens	P. Cochè
<u>Secteur Aviation de la C.G.S.P.</u> (Pers. i. d. Luftfahrt)	G. Collignon	G. Coekelbergh A. Devaux
<u>DÄNEMARK</u>		
Sömaendenes Forbund in Danmark (Seeleute)	Th. Laursen	A. V. Lundström
Dansk Arbejdsmandsforbund (Transportarbeiter)	E. Winther A. Jensen P. Poulsen	
Dansk Jernbaneforbund (Eisenbahner)	P. Madsen J. K. F. Jensen N. S. Sörensen	J. P. Pedersen
Dansk Lokomotivmands Forening (Lokomotivpersonal)	S. Suneson	K. T. H. Jacobson
<u>DEUTSCHLAND</u>		
Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr	A. Kummernuss H. Hildebrand J. Steldinger H. Jipp A. Röpert M. Kuleisa A. Dienst P. Knaack A. Knorr	

Organisation:

Delegierte:

Stellvertreter:

	W. Braun H. Bellinghausen G. Huber	
Gesamtverband der Öffentlichen Betriebe und Verwaltungen sowie des Transportes Gross-Berlins	H. Behre	
Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands	H. Jahn J. Hatje M. Herrmann K. Klus O. Gaebe M. Ewerling J. Mirsberger W. Schmidt F. Berger K. Schäfer O. Faller A. Reiser G. Kühn L. Lange H. Völkl K. Molt H. Bracht	F. Braun W. Kunstmann M. Pester P. Pröh F. Schreiber K. Mantel H. Wiechmann

ESTLAND

Esti Meremeeste Ühing Rootsis (Seeleute)	Toivo Sillaots	Mrs. Karin Sol
--	----------------	----------------

FINNLAND

Finlands Sjömans-Union (Seeleute)	N. Wälleri A. Ahti	
Finska Järnvägsmannaförbundet (Eisenbahner)	W. Backman R. Tuori	
Finlands Lokomotivmannaförbundet (Lokomotivpersonal)	K. A. Lehtonen	
Bilbranschsarbetareförbundet (Chauffeure)	Siivo Koutio	

ÖSTERREICH

Gewerkschaft der Eisenbahner V. Übeleis
G. Freund
A. Thaler
A. Schulz
E. Freisinger

Gewerkschaft der Bediensteten K. Weigl
im Handel, Transport und L. Brosch
Verkehr

PAKISTAN

Pakistan Transport Workers' Faiz Ahmed
Federation

SAAR

Einheitsgewerkschaft E. Welter H. Baty
der Eisenbahner F. Schneider
G. Brack

SCHWEDEN

Svenska Sjöfolksförbundet J. Svensson
(Seeleute) G. Carlsson
E. W. Berggren

SCHWEIZ

Verband der Handels-, W. Brunner
Transport- und Lebensmittel-
arbeiter der Schweiz

Schweizerischer Eisen- W. Hungerbühler T. Vogel
bahnerverband R. Bratschi J. Wagner
F. Felber T. Bühler
H. Düby
C. Frey
H. Stähli

Verband des Personals M. Arnold H. Müller
öffentlicher Dienste, K. Meyer
Sektion Luftfahrt J. Isler
R. Nydegger

SPANIEN

Sindicato Nacional Ferro- Trifon Gomez
viario and A. Pérez
Federacion National del
Transporte UGT
(Eisenbahner und Trans-
portarbeiter)

Organisation:

Delegierte:

Stellvertreter

URUGUAY

Federacion Ferroviaria
y Ramas Anexas del Uruguay
(Eisenbahner)

M.Machin

VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA

Seafarers' International
Union of North America
(Seeleute)

John Hawk
Pat Mc Hugh

Railway Labor Executives'
Association
(Eisenbahner)

A.J.Hayes
E.Peterson
L.B.Snedden
A.E.Lyon
I.Brown

Air Line Pilots' Association
(Flugzeugführer)

Stanley Doepke

EHRENGÄSTE

Deutschland

Friedel Jahn
J.Döring
H.Kummerowski
P.Emmen
M.Peschel
J.Bolling
W.Auerbach

Niederlande

J.Brautigam
A.Kievit

Schweden

Ch.Lindley

Schweiz

E.Zeli

Vertreter befreundeter Organisationen

International Confederation of Free Trade Unions (Internationaler Bund Freier Gewerkschaften)	J.H. Oldenbroek
Scandinaviska Transportarbetare- federationen (Skandinavische Transportarbeiter Föderation)	J. Christensson
Italian Autonomos Railwaymens Union (Eisenbahner Italiens)	C. Capelletto C. Baldassare
(Italian) Federazione Nazionale Autoferrotranvieri ed Internavigatori	G. Martelli
Italian Confederation of Labour Unions (Italienischer Gewerkschafts- bund)	G. Canini
Internationale Federation of Air Line Pilots' Associations (Internationale Föderation der zivilen Flugzeugführer-Ver- einigungen)	D. Follows W. L. Vickerstaff
American Federation of Labor (A.F.o.L.)	H. Rutz
American Federation of Labor Free Trade Union Committee (Amerikanische Freie Gewerk- schaftsunion)	H. Kirsch
New Zealand Federated Cooks' and Stewards' Union (Neuseeländische Schiffskoch- und Stewards-Gewerkschaft)	W. A. Fox

Vertreter der Behörden

Beauftragter des U.S. - Hochkommissars	Harvey Browne
U.S. - Landeskommissar für Württemberg-Baden	Major General C.P. Gross

Economic Cooperation
Administration
(Amt für wirtschaftliche
Zusammenarbeit)

David J. Saposs

Internationales Arbeitsamt

J. Schuil

U.S. - Hochkommission
für Deutschland

N.S. Friedman
Dr. E. Young
G. Willis
H. W. Baker

Britische Hochkommission
für Deutschland

R. G. Exley
F. Kenny

I.T.F. - Sekretariat

O. Beu, geschäftsführender Generalsekretär

P. Tofahrn, stellvertretender Generalsekretär

Miss Th. Asser

L. Martinez

S. Baacklund

Miss A. Nebout

Mrs. I. Barea

G. Reed

Mrs. F. Castles

R. Santley

G. R. Clutterbuck

A. Spirig

W.D. Dorchain

F. Strauss

Miss I. Elmberg

L. Vincent

K.A. Golding

M. Zwalf

L.A. Kant

V. Klatil

sowie Mitarbeiter der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands
und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr.

B e r i c h t i g u n g

für I.T.F. - Pressebericht Nr.16 Deutsche Ausgabe
(Kongress-Sonderausgabe)

Im Anhang auf Seite 20 der obenbezeichneten Ausgabe ist bei der Drucklegung - einem Versehen zufolge - unter Position 25:

ENTSCHLIESSUNG ÜBER DIE BEFÖRDERUNG VON WAFFEN

deren letzter Teil ausgelassen worden.

Nachstehend der volle Wortlaut der Entschliessung:

" Jede menschliche Gemeinschaft hat die Pflicht, sich mit allen Mitteln gegen die Gefahr der Unterjochung durch in- oder ausländische Tyrannen zu verteidigen, welches auch immer das Ideal sei, mit dem sie ihre Eroberungspläne tarnen.

Die internationale Spannung, die seit dem Ende des zweiten Weltkrieges besteht und sich in gefährlicher Weise steigert, hat den Abschluss des Atlantischen Vertrages verursacht. Dieser Vertrag ist von seinen Urhebern als ein Verteidigungsbündnis der Völker Westeuropas und Nordamerikas bezeichnet worden, dessen einziges Ziel die Verhütung oder Abwehr eines möglichen Angriffs ist.

Die von den Staatsmännern der demokratischen Länder erklärten Ziele sind der unmittelbare Ausdruck des Denkens und Wollens der Bevölkerungen.

Der vom 21. bis 29. Juli 1950 in Stuttgart tagende 21.Kongress der I.T.F. gibt daher seinem Vertrauen in die Erklärungen der demokratischen Regierungen Ausdruck und stimmt dem Atlantischen Vertrage zu.

Er billigt die von der I.T.F. geführte Aktion zur Sicherung der Beförderung der Waffen, die von den Vereinigten Staaten von Amerika nach Westeuropa gesandt werden.

Er billigt auch die Tätigkeit der Aktionsausschüsse, die von der I.T.F. gebildet wurden, um die kommunistischen Versuche zur Sabotierung der Durchführung des Atlantischen Vertrages zu durchkreuzen.

Der Kongress macht es den Mitgliedern der I.T.F. zur Pflicht, alle Waffen und Munitionen, die zur Abwehr eines Angriffs auf die freien Völker bestimmt sind, weiterhin zu befördern. "